

Abonnement 60 Pf. monatlich 2,00 M. im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags ...

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die ständige Korrespondenz ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postsekonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65, ...

Notwehr gegen Rohlinge.

Ein Siebzjähriger ohrfeigt einen kommunistischen Verleumder. Stadtverordnetenversammlung im Tumult aufgefliegen.

Im Berliner Rathaus gab es gestern eine mehr als stürmische Stadtverordnetenversammlung. Sie endete schließlich in Tumult und mußte ergebnislos abgebrochen werden.

Wieder, wie so oft schon, übersteigerten die Kommunisten ihre lämmelhafte Ausdrucksweise bis zu den schamlosesten Beschimpfungen der Sozialdemokratie und ihrer Vertreter, bis schließlich unseren Genossen die Geduld riß und der älteste von ihnen, der Parteiveteran Tempel, zur Rednertribüne schritt und dem dort gestikulierenden Neuköllner Lange mitten auf sein Lästermaul schlug!

Der mehr als Siebzjährige, der seit Jahrzehnten in Stürmen und Wettern für die Partei der Arbeit gekämpft hat, war wie alle aufs tiefste empört über die bodenlose Niedertracht des kommunistischen Schimpfapostels, der sich nicht scheute, mehrfach und immer betonter die Sozialdemokraten im Saale und außerhalb des Saales als „familiär Betrüger übelster Sorte“ zu beschimpfen. Es gibt Augenblicke, die auch dem Geduldigsten das Blut in die Wangen treibt. Ein solcher Augenblick war gekommen, als der kommunistische Provokateur, der seit Wochen fast als einziger noch geduldeter „Sprecher“ seiner Fraktion auftrat, sich über sein übliches Schimpfregister hinaus zu der gewollten Verleumdung verstieg, daß sämtliche Sozialdemokraten Betrüger seien. Der Kreis stieg hinauf und stopfte das Lästermaul des Buben, der sein Mandat zu solchen Schamlosigkeiten mißbrauchte. Kommunisten, die ihrem Lange zu Hilfe eilten, rissen den alten Genossen Tempel um, so daß er die Treppenstufen hinabfiel, glücklicherweise ohne erheblichen Schaden zu nehmen.

Im allgemeinen Tumult mußte die Sitzung nach unterbrochen und schließlich vertagt werden, da die Kommunisten sich im Auktionsausschuß nicht einmal zu einer Zurücknahme ihrer Verleumdungen und zu einer Entschuldigung für die Lämmeleien ihres Lange verstehen wollten oder durften.

Der Zweck der Sitzung war damit vereitelt. Die Kom-

munisten hatten bekanntlich den Antrag gestellt, dem Oberbürgermeister Böß das Mißtrauen auszusprechen und ihn ohne Pension sofort seines Amtes zu entkleiden. Deutschnationale, Knüppelkunge-Partei, Wirtschaftspartei, ja auch die Volkspartei und das Zentrum hatten sich bereit erklärt, für das Mißtrauen zu stimmen, während Sozialdemokraten und Demokraten erklärten, sich an der Abstimmung nicht zu beteiligen. Durch die namenlosen Provokateure des Lange in seinem Schlußwort wurde aber die Abstimmung verhindert. Die körperliche Züchtigung, die der Dreißigjährige von dem Siebzjährigen einstecken mußte, war das Signal zur völligen Sprengung der Versammlung.

Niemand wird, von den berufsmäßigen Prügelhelden abgesehen, an diesen Szenen eine Freude haben. Aber jeder wird verstehen, daß auch dem Sachlichsten einmal die Galle überläuft, wenn er sich der nacktesten Schmähsucht und dem Raschemmenten der moskowitzischen Provokateure ausgeliefert sieht. So war die Ohrfeige zu begreifen, die Tempel dem Lange gab. Sie galt gleichzeitig dem Sauherdenten der ganzen kommunistischen Partei und mag als solche gefühlt werden.

Für jeden, der ernst an einem Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung arbeitet, sind die Rüpelmethoden der Kommunisten längst unerträglich geworden. Mehr noch: sie sind die schlimmste Schädigung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts und damit der höchsten Interessen des Volkes. Es gibt nur eine Nacht, die diese Rohlinge aus dem öffentlichen Leben verbannen kann, das ist die Wählerschaft selbst. Jede Stimme, die den Kommunisten am 17. November zufällt, ist ein Schlag gegen die Interessen der Arbeiterschaft! Jede kommunistische Stimme ist eine Unterstützung des politischen Freiheitsverbreiters. Sorgt dafür, daß Berlin von diesen Schimpf- und Kaufbalden befreit wird. Schafft die sozialdemokratische Mehrheit im Rathaus!

Den Bericht über die Stadtverordnetenversammlung geben wir an der Spitze der ersten Beilage.

Stalins Kommunismus.

Gefahren der Versuchspolitik.

Von Peter Garwy.

12 Jahre Sowjetrußland. Wie gewöhnlich — Kriegsparade am Roten Platz. Auf der Tribüne neben den „Führern der Weltrevolution“ — Auslandsdelegationen und Diplomaten. Geschütze, Tanks, Flugzeuge. Bewaffnete Jugendliche und Frauen. Unendliche Demonstrationzüge mit auffordernden Plakaten. Trophäen — ein Jubiläum ohne Freude.

12 Jahre Sowjetrußland. Und das Fazit? Außenpolitische Isolation, Kriegsgefahr im Fernen Osten, Wirtschaftskrise und wachsende Gärung im Lande. Es ist kein Zufall, daß diesmal das Jubiläum des Bolschewismus mit einer neuen Blutwelle des Terrors zusammenfällt, die sich durch ganz Rußland wälzt. Der Dauerlauf der Diktatur ist ein Kreislauf. Er endet, wie er begann — im Blut.

Der allmächtige Diktator haut blindlings nach rechts wie nach links. Die eigentlichen Urheber der „glorreichen Oktoberrevolution“ sind verfolgt, verbannt, expatriert. Es genügt, die Namen Trocki und Bucharin zu nennen. Der Alleinherrscher Rußlands fühlt sich von allen Seiten von Feinden umgeben. Er bemüht sich, seine wirklichen oder eingebildeten Feinde einzuschüchtern und möglichst auszurotten. Hunderte von Hinrichtungen, was für ein abstoßendes Bild gerade an den Jubiläumstagen!

Der Terror in Permanenz ist eine Folge der Diktatur in Permanenz. Und die Diktatur in Permanenz ist ihrerseits die Folge nicht nur der Nachläßigkeit der Bolschewisten, sondern auch ihrer utopistischen Versuchspolitik. Die Versuchung, die bauernbürgerliche russische Revolution über ihre geschichtlichen Grenzen zu treiben, führte unvermeidlich zu einer Minderheitsherrschaft. Dabei mußte das Fehlen der sozialökonomischen und kulturpolitischen Voraussetzungen für die Errichtung des „isfortigen“ Sozialismus durch die Gewaltmethoden der Diktatur erleichtert werden.

Die gegenwärtige Verschärfung des Terrors ist mit dem Stalinschen Linkskurs auf das engste verbunden. Als Fraktionsmännchen im Kampf mit der Trockistischen Linksoption gedacht, hat sich der Stalinsche Linkskurs längst in ein Dauersystem verwandelt. Zwar ist die Kapitulation der Linksoption mit Kadek, Rakowski und Trocki an der Spitze ein beredtes Zeugnis für die Rückgratlosigkeit dieser „Weltrevolutionäre“. Aber es ist nicht zu leugnen, daß die Linksoption um so leichter ihre Waffen vor dem Diktator strecken konnte, als ihr kriegskommunistisches Programm durch die Stalinsche „Generallinie“ weit überholt ist. Kein Zufall gleichfalls, daß das Trommelfeuer jetzt fast ausschließlich nach rechts gerichtet wird. In der allerletzten Zeit wird die Anwendung der schärfsten polizeilichen Maßnahmen gegen Bucharin und andere Rechtsabweichler vorbereitet, die den Stalinschen Linkskurs als ein Verhängnis sowohl für die Volkswirtschaft, als auch für die Parteidiktatur bezeichnen und wenn auch schüchtern, bekämpfen.

Das linkskommunistische Programm lief nur auf die forcierte Industrialisierung, auf die Bekämpfung des Kulakentums und auf die Förderung der Kollektivwirtschaften auf dem flachen Lande hinaus. Der Stalinsche Linkskurs hat sich dieses Programm der Linksoption nicht zu eigen gemacht, sondern es in ein Programm des integralen Kommunismus verwandelt. Die „Atempause“ sowohl im Auslande als in Rußland selbst wurde für beendet erklärt. Die „sozialistische Offensive“ auf der ganzen Front — in Stadt und Land — wurde proklamiert. Die Rep. d. h. die neue Wirtschaftspolitik, die von Lenin 1921 „im Ernst und auf die Dauer“ als Übergangsform und -stufe zum Sozialismus verkündet wurde, wird zwar formell nicht abgelehnt, aber in der Praxis beseitigt. Das Privatkapital wird aus der Kleinindustrie und aus dem Handel fast völlig verdrängt. Die forcierte Industrialisierung stellt sich nach dem revidierten Wirtschaftsplan zum Ziel, in fünf Jahren die vorgeschrittensten Industrieländer von Europa und Amerika „einzuholen und zu überholen“. Zu diesem Zweck wird die Arbeitsintensivierung ohne entsprechende Entlohnung in der demagogischen und heuchlerischen Form des „sozialistischen Wettbewerbes“ getrieben, die Arbeitslöhne auf dem niedrigen Niveau gehalten, die „durchgehende Arbeitswoche“ plötzlich eingeführt, die die letzten Reserven für die forcierte Industrialisierung ausschöpfen soll. Schließlich wird die „einheitliche Betriebsleitung“ durchgeführt, die „alle Macht dem Roten Direktor“ im einzelnen Betriebe wie dem Stalin in der Partei und im Staate einräumen soll.

Aber der Schwerpunkt der Stalinschen Politik des „integralen Kommunismus“ liegt auf dem flachen Lande. Die Sozialisierung der Landwirtschaft ist auf die Tagesordnung gestellt. Die Rep bedeutete die Entwicklung der privatwirtschaftlichen Elemente im Dorfe und folglich in der Stadt. Aus politischen Erwägungen wurde Stalin zur radikalen Revision der gesamten Agrar- und Bauernpolitik der Partei in der Richtung der Ueberwindung der privatwirtschaftlichen Elemente gedrängt. In derselben Richtung

Prachtvoller Aufstieg.

Der Erfolg der Werbeweche — Bisher über 50 000 neue Mitglieder.

Aus dem Parteivorstand wird uns geschrieben:

40919 Männer und 10444 Frauen, insgesamt 51363 Neuaufnahmen sind bis heute aus 32 Parteibezirken dem Parteivorstand als vorläufiges Ergebnis der diesjährigen Werbeaktion gemeldet worden. Von 202 Parteizeitungen berichten 102 einen Zugang von 43030 neuen Abonnenten.

Dabei ist die Werbung noch an keiner Stelle abgeschliffen. Überall sind die Funktionäre und Mitglieder der Partei eifrig bestrebt, das jetzt schon ausgezeichnete Ergebnis noch zu verbessern. Mit welcher Mühigkeit und Liebe für die Partei gearbeitet wird, zeigt ein Bericht aus dem Chemnitzer Bezirk, nach dem dort ein Genosse 63, 2 Genossen je 44, 3 Genossen je 42 und 23 Genossen je 16 bis 28 neue Mitglieder der Partei zugeführt haben. Das ist die beste Vorarbeit für die bevorstehenden Kommunalwahlen!

Der Erfolg beweist aufs neue die große Anziehungskraft der Sozialdemokratischen Partei; er wird die Genossinnen und Genossen im ganzen Reiche bewegen, ihre volle Kraft einzusetzen, um den Kommunalwahlkampf und die Werbeaktion zu einem glänzenden Sieg der Partei zu gestalten.

Indiendebatte im Unterhaus.

Baldwin gegen Kr. sentreibereien, aber gegen schnelle Lösung. London, 7. November (Eigenbericht).

Im Unterhaus begann am Donnerstag die große Indiendebatte. Der Verlauf der Debatte bewies, daß die

Krisentreibereien eines Teiles der Konserwativen völlig verpufft sind.

Die Aussprache wurde durch eine Rede des ehemaligen konservativen Ministerpräsidenten Baldwin eröffnet, die in ihrer ruhigen Würde und Zurückhaltung alles vermied, was die Stellung der Regierung gegenüber Indien erschweren oder benachteiligen könnte. Baldwin betonte nach einer vernichtenden Kritik der gegen ihn in der konservativen „Daily Mail“ erhobenen Angriffe, daß es völlig absurd sei, von einer politischen Krise wegen Indien zu sprechen. Es gäbe keine Krise und hätte nie eine gegeben. Die Lage verlange jedoch eine Aufklärung. Baldwin wiederholte dann die von Lord Reading, dem früheren liberalen Vizeregierung von Indien, am Dienstag im Oberhaus gestellten Fragen und suchte in einer groß angelegten grundsätzlichen Darstellung die Indienpolitik der Konserwativen zu erläutern. Seine Rede lang in den Ausführungen aus, daß Großbritannien das Wort von 1917 und 1919 zu halten wünsche. Aus seinen abschließenden Sätzen wurde jedoch deutlich, daß er den Uebergang Indiens zu einem sich selbst regelnden Glied des britischen Reiches nicht für eine Frage von Jahren, sondern von Generationen halte.

Lord George betonte, daß Großbritannien keinen Schritt hinter seinen bisherigen Erklärungen zurückgehen dürfte.

Wählerversammlungen

Heute: Mitte, Wedding, Prenzlauer Berg, Charlottenburg, Schöneberg, Steglitz, Zehlendorf, Tegel, Weißensee und Reinickendorf-West.

Morgen und Sonntag: Mitte, Wedding, Prenzlauer Berg, Schöneberg, Kaulsdorf, Biesdorf, Mahlsdorf, Blankenfelde und Müggelheim.

Näheres im Innern des Blattes!

Gegen das Profilinteresse der Großkapitalisten! Für die öffentliche Wirtschaft! Für ein freies Berlin!

drängen ihn aber auch die wirtschaftlichen Erwägungen. Die forcierte Industrialisierung konnte bei dem Verlangen der ausländischen Kapitalsquellen hauptsächlich auf Kosten der Bauernschaft vor sich gehen.

Nun verlagte aber die Landwirtschaft. Erstens verwarnten sich die unzähligen zerstückelten Bauernschaften in lauter Konsumwirtschaften, die fast kein Getreide und keine Nahrungsmittel für die Städteverföhrung und für die Staatsindustrie abwerfen konnten. Das war zum großen Teil die Folge der Entkalkulations- und Abwertungsprozesse der Sowjetmacht selbst. Zweitens beantwortete die Bauernschaft den Stalinischen Entzweiung mit der spontanen passiven Resistenz in Form des Getreidestreiks und der Verminderung der Anbauflächen. Die Bauern weigerten sich immer mehr, ihre Erzeugnisse den Staatsorganen zu festen Spottpreisen zu veräußern, um mit dem entwerteten Geld ungemein teure und schlechte Industriewaren zu bezahlen. Die eingetretene Degradierung der Landwirtschaft führte zur andauernden Ernährungsnot, zu Brot-, Milch-, Butter-, Fleisch-, Zucker-, Delikatessen in den Städten wie in den Zeiten des Kriegskommunismus.

Nun kam die neue Agrarpolitik. Um den Widerstand der Bauernschaft zu brechen, wird in diesem Jahre mit allen, auch schärfsten, Druckmitteln gearbeitet. Die Steuerkränkung wird bis zur äußersten Grenze angezogen. Die bemittelte Bauernschaft wird unter dem Terror der sog. „sozialen Meinung“ der Dorfschmied, „Dorfpolizei“ der Getreidebereitstellung werden für jedes Dorf aufgestellt, was faktisch die Rückkehr zu dem kriegskommunistischen „Umlagesystem“ bedeutet, das seinerzeit zum Kronstädter Aufstand geführt hatte. Um die Abhängigkeit des Staates und der verstaatlichten Industrie von den 27 Millionen individuellen Bauernwirtschaften zu überwinden, wird in schnellstem Tempo die Zwangssozialisierung der Bauernwirtschaften betrieben und Sowjetgüter im großzügigen Maßstab gegründet. Gleichzeitig werden die Bauern durch ein „Kontrahierungssystem“ zur Abgabe ihrer Erzeugnisse zu festen Preisen genötigt. Der „sozialistische Faktor“ soll hiermit in der aller kürzesten Zeit den privatwirtschaftlichen auch auf dem flachen Lande verdrängen und ersetzen. Damit wird die Utopie des „integralen Kommunismus“ vollendet.

Aber zwischen dieser Wirtschaftsutopie und der traurigen Wirklichkeit besteht nicht nur ein wirtschaftlicher Riß, der sich zu einem Abgrund zu erweitern droht. Es handelt sich gleichzeitig um einen sozialen und politischen Riß zwischen Stadt und Land. Die Sozialisierungspolitik im Dorfe wird durch die Bauernschaft als die „Rückkehr zur Leibeigenschaft“ empfunden und bekämpft. Die Rechtsoppositionellen sprechen von einem „Kriegsfeudalismus“. Richtiger ist, von einem Feudalkommunismus zu sprechen. Die verweigerte Bauernschaft wird in die Enge getrieben. Der Terror von oben wird durch den spontanen Terror von unten beantwortet. Die bäuerlichen Stimmungen werden in die Fabriken und besonders in die Rote Armee hineingetragen. Es riecht nach Kronstadt. . . .

Graf Westarps Abdruck.

Das Grauen vor dem Volksentscheid.

Graf Westarp veröffentlicht in der „Kreuz-Zeitung“ einen Aufsatz: „20 Millionen Stimmen?“ Diese Frage ist ein Aufstöhnen. 20 Millionen Stimmen bei 4 Millionen im Volksbegehren — das ist ein hoffnungsloser Fall.

Graf Westarp plädiert mit viel Eifer und wenig guten Gründen dafür, daß es billiger gemacht werden müsse. Es schwebt ihm vor, daß bei 4 Millionen Ja stimmen und Nichtbeteiligung der Gegner der famose Inflationsgesetzentwurf eigentlich angenommen sein müßte. Denn darüber ist er sich hoffentlich im klaren, daß von allem anderen abgesehen eine Aufforderung der Sozialdemokratie an ihre Wähler, im Volksentscheid mit Nein zu stimmen, völlig genügend würde, um Herrn Hugenberg eine zweite vernichtende Niederlage beizubringen.

Graf Westarp weint über die 20 Millionen Stimmen, er weint über den Artikel 75 der Reichsverfassung, über die Vorschriften der verfassungändernden Gesetzgebung und dann ergreift ihn der Zorn. Ueberhaupt keine Demokratie, sondern nur Herrschaft parlamentarischer Mehrheiten! so ruft er, und entrüstet sich über den Mangel an Demokratie in Deutschland.

Das ist für einen alten Konservativen etwas unlogisch, und außerdem kommt es zu spät. Alles, worüber er weint, hat er vorher gewünscht, als das famose Hugenberg-Begehren eingeleitet wurde. Nun ist auf einmal die Demokratie schuld. Natürlich ist sie daran schuld — denn sie verhindert eben, daß eine hoffnungslose Minderheit der gewaltigen Mehrheit ihren Willen aufzwingen kann. Wer ein Volksbegehren anfängt, muß nach der Mehrheit trachten. Wenn der Herr Graf inzwischen seine Illusionen verloren hat, kann ihm niemand helfen, so sehr er auch weint.

Hakenkreuzzelle im Reichsdienst.

Eine amtliche Erklärung.

Der Präsident des Staatlichen Reichsamts schreibt uns: „Gegen die in Ihrer Nummer 521 vom 6. November d. J. in einem Artikel „Hakenkreuzzelle im Reichsdienst“ enthaltene Mitteilung, daß sich das Staatliche Reichsamt „mehr und mehr zu einer Domäne nationalsozialistischer Bestrebungen entwickelt“, muß ich Berwahrung einlegen. Von bestimmter Seite werden allerdings dahingehende Behauptungen aufgestellt, während die Person, die angeblich antipropaganda für das Volksbegehren betrieben haben soll, ein derartiges Verhalten entschieden in Abrede stellt. Die Angelegenheit wird untersucht. Es bedarf keiner besonderen Erwähnung, daß die Amtseitung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einschreiten wird, wenn die Mitteilung zutrifft.“

Die Fememörder.

Anklageerhebung gegen Fohlbusch und Schulz

Gegen den Landwirt und ehemaligen Feldwebel August Fohlbusch, der beschuldigt wird, in der Nacht vom 18. zum 19. Juli 1923 bei Reichenow den Feldwebel Wilms und in der Nacht vom 2. zum 3. August 1923 den Unteroffizier Brauer ermordet zu haben, und gegen den Oberleutnant a. D. Paul Schulz, der beschuldigt wird, Fohlbusch zum Mord an Brauer angestiftet zu haben, ist von der Staatsanwaltschaft III Anklage erhoben worden.

Tardieus Programmrede.

Unbestimmt in der Außenpolitik — großsprecherisch in Finanzfragen.

Paris, 7. November. (Eigenbericht.)

Das erste öffentliche Auftreten des Ministerpräsidenten Tardieu war ein großer Publikumserfolg. Sollen waren Saal und Tribünen im Palais Bourbon so überfüllt wie am Donnerstag. Als das Kabinett im endlosen Gänsemarsch seinen Einzug in den Saal hielt, wurde es von der Reaktion demonstrativ empfangen. Die Linke mocht ironische Zwischenrufe.

Tardieus Regierungserklärung, in der hin und wieder einige schneidende scharfe Redemendungen aufzusaßen, ist mit ziemlich demagogischem Geschick abgefaßt. Zunächst wird mit einem offensichtlichen Seitenblick auf die Galerie die vergangene allzu lange Regierungsfrist beklagt. Dann wird in unverbindlicher Höflichkeit das „immerwährende Wiederaufbauwerk der letzten zehn Jahre“ anerkannt und erklärt, daß es jetzt nach der Liquidierung des Krieges gelte, konstruktive Zukunftsarbeit zu leisten.

Die außenpolitischen Programmforderungen

Stehen an der Spitze der Regierungserklärung. Sie sind recht unbestimmt gehalten. Die Organisation des Weltfriedens und der Sicherheit Frankreichs seien Leitgedanken der Regierung, aus denen sich für sie folgende drei Prinzipien ergeben würden: 1. nichts dürfe vertraglich abgeschlossen werden, was die Souveränität des Parlaments beeinträchtigt; 2. die Garantien für die materielle und moralische Unabhängigkeit Frankreichs dürften nicht vermindert werden; 3. unter diesen Voraussetzungen sei Frankreich bereit, an jeder Abmachung teilzunehmen, die den Frieden in der Welt stärken könne. So seien, heißt es unmittelbar weiter, auf der Haager Konferenz von den französischen Unterhändlern keinerlei Vereinbarungen geschlossen worden, die mit diesen drei Prinzipien in Widerspruch ständen. Ob es sich nun um den Young-Plan handele, der noch zur allgemeinen Schuldenliquidierung gehöre, oder um die

Räumung der dritten Rheinlandzone, die der Inkraftsetzung des Young-Planes untergeordnet sei,

oder endlich um das wirtschaftliche Regime im Saargebiet, wo die Möglichkeiten einer für alle Teile dauernd vorteilhaften Vereinbarung zu prüfen seien. Trotzdem, fährt dann die Regierungserklärung wiederum ohne Übergang fort, werde die Regierung den Ausbau der definitiven Organisation der Grenzen mit aller Energie betreiben.

Anschließend tritt Tardieu in sein eigentliches Element ein: mit allen Details gibt er an, zu welchem Zweck er die Milliardenreserven der Treasors, die die Sporpolitik Poincarés in den letzten Jahren angesammelt hat, verwenden will. Fast zwei Milliarden sollen für die Landwirtschaft, 2 Milliarden für die Industrie, den Ausbau der Straßen und Häfen sowie des Elektrizitätsnetzes und endlich sollen 1½ Milliarden für die Tuberkulosefürsorge, für den Bau von Krankenhäusern und Schulen ausgegeben werden. In der Steuerpolitik bringt die Regierungserklärung große Ueberraschungen. Zunächst wird die Abschaffung der Transpaxtsteuer für Düngemittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse, sowie die Ermäßigung der Luxussteuer für Automobile und pharmazeutische Waren verkündet. Ferner verspricht die Regierung, die Einkommensteuer um ein Zehntel Prozent herabzusetzen, sobald es das Budgetgleichgewicht erlaube. Im nächsten Jahr sollen nur neun Zehntel der fälligen Einkommensteuern eingezogen werden. Der Rest würde erst im Falle eines offen zutage tretenden Defizits eingefordert werden. Damit soll jeder Steuerzahler an der Finanzverwaltung direkt interessiert werden.

Abschließend heißt es dann, die Regierung wolle eine „Politik des Wohlstandes“ treiben, indem sie die Produktion und gleichzeitig den Gewinn des Unternehmers wie auch den Lohn des Arbeitnehmers erhöhe. Sie wolle im Augenblick nicht mehr Programmforderungen verkünden, denn sie sei entschlossen zu halten, was sie verspreche. Neue Pläne werde sie später vorlegen, wenn die Kammer bereit sei, der Regierung so lange ihr Vertrauen zu gewähren.

Die Debatte.

Auf Tardieus Vorschlag trat die Kammer sofort nach der Verkündung der Regierungserklärung in die Diskussion der eingebrachten Interpellation ein.

Der ehemalige Sozialist Borene, als erster Interpellant, bezeichnete unter stürmlichem Beifall der Linken, die Regierungserklärung als ein geschicktes Wahlprogramm. Das neue Kabinett sei ein großes Ministerium, allerdings nur der Zahl seiner Mitglieder nach. Die Linke habe an die Regierung vor allem zwei Fragen zu richten, nämlich die, ob sie entschlossen sei, die Beschlüsse der Haager Konferenz restlos durchzuführen und die zweite, ob die Regierung sich in der Frage der Rheinlandräumung

den Standpunkt Briands oder den Maginots

zu eigen mache. (Lebhafter Beifall der gesamten Linken.) Die Linke habe die ersten Besorgnisse, daß Briand der Gefangene der neuen Mehrheit sei, die es ihm nicht erlaube werde, seine Außenpolitik in voller Freiheit fortzusetzen. Auf innenpolitischen Gebiet sei Tardieus Versuch der republikanischen Konzentration kläglich gescheitert. Das neue Kabinett sei ein ausgesprochenes Rechtsministerium. Die Linke werde es entschlossen und rücksichtslos bekämpfen und sich auch durch die Drohungen einer Auflösung der Kammer nicht einschüchtern lassen.

Franklin Bouillon hielt eine einzig vom Chauvinismus und Haß getränkte Rede gegen Deutschland, wie man sie seit Jahren in der französischen Kammer nicht gehört hat. Auf der Haager Konferenz, führte er aus, habe Frankreich das leere Versprechen der Erfüllung des Young-Planes an England in dar, an Deutschland auf Kosten seiner eigenen Sicherheit bezahlen müssen. Dieser Ruhhandel sei weder für Frankreich günstig noch für die zukünftige Gestaltung seiner Beziehungen zu England. Die Hauptschuld trage die mangelhafte Vorbereitung der Konferenz. Sein Protest richtete sich in erster Linie gegen die neuen französischen Konzessionen in der Frage der Räumung und des Zugeständnis, in die Verhandlungen über die Rückgabe des Saargebietes einzutreten. Er verlange von der Regierung Auskunft darüber, ob sie sich auf der zweiten Haager Konferenz in der gleichen Weise manövrieren zu lassen gedanke. Er verlange ferner eine klare Auskunft auf folgende drei Punkte: ob die Regierung bereit sei, auf die weitere Liquidierung des ehemals deutschen Eigentums, auf die Ausübung einer Kon-

trolle auf die internationale Reparationsbank und auf die Kommerzialisierung der deutschen Schuld als

Vorbedingungen für die Räumung

zu verzichten? Die Fälle, die die französische Regierung zu haben scheine, das Rheinland zu räumen, sei vollkommen unbegründet, da Deutschland keineswegs allen seinen vertraglichen Verpflichtungen nachgekommen sei. Der Young-Plan bafiere ausschließlich auf dem guten Willen Deutschlands. Gegen ihn aber hätten sich gerade dieser Tage vier Millionen deutscher Wähler ausgesprochen, darunter die Universitäten, die Schwerindustrie, die Armee (Welche? Gemeint sind wohl die Offiziere der früheren kaiserlichen Armee! Red.) usw. Im Rheinland werde schon jetzt offen der Revanchetag vorbereitet (?), und zwar von der Reichswehr selbst (!). Unter den Augen der französischen Besatzung habe man in Trier 20 neue Rangiergleise gelegt, dank deren künftig täglich 120 Züge nach der Grenze geleitet werden können. In Kaiserslautern seien ähnliche Vorbereitungen getroffen worden. Ueber den Rhein habe man zehn neue Brücken geschlagen und das Material für den Transport der Truppen stehe überall schon bereit. Auch die fünf großen Autostraßen, die Deutschland zwischen Koblenz und Luxemburg konstruiert habe, die keinerlei wirtschaftlichen Interessen dienen, seien lediglich zu militärischen Zwecken gebaut. In Frankreich sei demgegenüber nichts geschehen, um die Verteidigung der Grenzen zu organisieren.

An eine Zurückziehung der französischen Truppen sei unter diesen Umständen nicht zu denken,

solange nicht der Artikel 43 des Friedensvertrages seinem Geiste und seinem Buchstaben nach voll erfüllt sei. Angesichts der ausgesprochen feindlichen Haltung Deutschlands (?) sei es unverantwortlich, daß man ihm außer der Rheinlandräumung nun auch noch die vorzeitige Rückgabe der Saar zugestehen wolle. Wie es in Wahrheit um Deutschlands Friedenswillen stehe, zeigten am besten seine Rüstungsausgaben, die seit dem Jahre 1925 um 30 Prozent erhöht worden seien. Statt der 102 000 Gewehre, die der Friedensvertrag der deutschen Armee gestattete, habe sie vom Reichstag einen Kredit für 350 000, statt der 252 Kanonen einen Kredit für 2000 bewilligt erhalten. Den Vorwurf, daß seine Rede die deutsch-französische Annäherung störe, nehme er gern auf sich, denn den Super-Nationalismus, der darin bestünde, die Augen zu schließen und die Grenzen zu öffnen, lehne er für sich ab.

Der Abg. Frossard (Soz.), glänzend in Form, überschüttet das neue Kabinett mit Ironie und Hohn. Tardieu hält er vor, daß er seine Versuche, eine Regierung zustande zu bringen, bei den Freimaurern begonnen habe, um schließlich im reaktionären Lager zu landen. Aber der Ministerpräsident, der so schnell seine Ueberzeugung und sein Programm zu wechseln verstehe, täusche sich, wenn er auch auf wechselläufige Mehrheiten spekuliere, und daß die Linke sich dazu hergeben werde, die Außenpolitik eines durch und durch reaktionär kapitalistischen Kabinetts zu unterstützen. Diesem Ministerium gegenüber gebe es für die gesamte Linke nur eine Parole: Kampf bis zum Äußersten!

Beitrag zur Debatte

Auf die krankhaften Phantasien des Abgeordneten Franklin Bouillon des näheren einzugehen, lohnt sich nicht. Dieser Mann hat seinerzeit gegen den Versailler Vertrag gestimmt mit der Begründung, daß er die Sicherheit Frankreichs nicht genügend verbürge, weil er Deutschland nicht genügend einmüsse und ihm das Rheinland lasse. Von einem Manne, der überhaupt für die Gaslösung des Rheinlandes vom Reiche war, kann man nicht erwarten, daß er sich mit der Räumung des Rheinlandes abfinden werde. Seine Argumente sind allerdings von einer rührenden Naivität: alle die teuffischen Revanchevorbereitungen, die er „enthüllt“, werden nach seinen Angaben von der Reichswehr (die es im Rheinland gar nicht gibt) durchgeführt, und zwar unter den Augen der französischen Militärbehörden. Entweder sind die zehntausend französischen Offiziere in Trier, Kaiserslautern usw. blind oder sie sind blind. Nach der Logik des Herrn Franklin Bouillon müßten sie alle, General Guillaumont an der Spitze, eigentlich vor das Kriegsgericht wegen Landesverrats geschleift werden.

Ähnliche Reden hielt in früheren Jahren nur der Abgeordnete André Lebore, der am Mittwoch gänzlich vergessen und unbeachtet gestorben ist. In seiner Blanzzeit hatte dieser ehemalige Mitarbeiter Clemenceaus den Vorteil, daß die Kriegspolizei noch anhielt und er daher viele Dumme fand, die ihn ernst nahmen. Franklin Bouillon hat das Bed. daß sich die Wähler heute größtenteils von dieser Polizei befreit haben und solche hysterischen Weiber nur noch ausladen. Aber schließlich, wenn es in Deutschland einen Hugenberg und einen Hitler gibt, die mit aller Mühe ein Zehntel des Volkes für ihren Irrsinn zu gewinnen vermögen, warum soll es in Frankreich einem Franklin Bouillon verwehrt sein, seinen Unfug zu treiben?

Maginot leugnet.

Paris, 7. November. (Eigenbericht.)

Der französische Kriegsminister Maginot hat am Donnerstags auf die Meldung des „Soz. PresseDienst“ von der Zurückziehung bestimmter Marichbefehle für die französischen Besatzungstruppen durch die halbamtliche französische Havas-Agentur folgendes erwidern lassen:

„Diese Nachricht ist entschieden zu dementieren. Sie kann sich nicht auf die Einstellung der Räumung der dritten Rheinlandzone beziehen aus dem einfachen Grunde, weil diese Räumung noch nicht begonnen hat und auch nicht in Frage kommen kann, solange der Young-Plan nicht angenommen ist und solange das Parlament darüber nicht beraten hat. Was die gemeldeten Truppenbewegungen anlangt, so ist zu sagen, daß sie durch Gründe der Hygiene und Umgruppierung der Einheiten verursacht worden sind. Was die zweite Zone anlangt, so haben, wie vereinbart, die Militärbehörden es für nützlich erachtet, die Verteilung der noch verbleibenden Besatzungstruppen zu ändern.“

Der neue französische Kriegsminister steht nicht zu seinen Taten, sondern verflecht sich hinter faule Ausreden. Seine Erklärung beginnt mit einer sorgfältigen Abmahnung und schließt mit einem verschwommenen Teilgeständnis.

Es sind präzise Tatsachen behauptet worden. Stimmen sie, ja

oder nein? Ist das französische Regiment in Kreuznach geblieben, obwohl sein Abtransport den zuständigen Behörden bereits angekündigt war, ist eine Kompanie in Mainz kurz vor dem Abgang des bereits aufgestellten Zuges, der sie nach Frankreich zurückbringen sollte, wieder in seine alte Kaserne zurückmarschiert? Darauf kommt es an. Und das ist es, was Maginot nicht dementieren kann, weil es so ist. Ebenjenseitig wird er unsere weitere positive Behauptung in Abrede stellen können, daß in verschiedenen Fällen Eisenbahnzüge, die bereits bei den deutschen Behörden angefordert waren, um Truppen und Material nach Frankreich zu befördern, wieder abbestellt worden sind, und zwar erst in den allerletzten Tagen, also nach Bildung der Regierung Lardieu-Maginot.

Der französische Kriegsminister beruft sich darauf, daß nach den Haager Abmachungen eine Räumung der dritten Zone erst nach erfolgter Ratifizierung des Young-Plans begonnen werden soll. Das ist richtig, aber das hatte die frühere französische Regierung nicht gehindert, auch in der dritten Zone bereits Räumungsvorhaben einzuleiten: wir verweisen nur auf den bereits durchgeführten Abtransport der größten Teile der Befehlsabteilung von Gernersheim in der Pfalz, sowie anderer Orte. Herr Maginot hat offenbar bei seinem Amtsantritt beweisen wollen, daß er mit dieser weitherzigeren Auslegung der Haager Vereinbarungen durch seine Vorgänger nicht einverstanden ist und einen neuen Kurs einschlagen bedenkt, zu dem ihm die 4 Millionen Unterschriften des Schweizerischen Volksbegehrens den schönsten Vorwand geliefert haben.

Nun: dann soll er für seine Handlungen gerade stehen und sie vor dem französischen Parlament offen vertreten, aber nicht mit „Angelegenheiten von Hygiene“, „Umgruppierung“ und „Truppenverteilung“ den wahren Tatbestand verschleiern!

Die Scharmacher.

Der Vorstoß der rechten Volkspartei.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Hugo, einer der Scharmacher der Deutschen Volkspartei, erklärt zu den Veröffentlichungen des „Berliner Tageblatts“ über die Pläne und Drohungen des rechten Flügels der Volkspartei eine lange Erklärung. Sie bestätigt, daß die Industrievertreter in Bremen mit der Fraktion der Volkspartei unzufrieden waren, daß sie

„die Beforgnis hatten, daß die Fraktion den ganzen tiefen Ernst der wirtschaftlichen Lage vielleicht nicht genügend würdigen und sich zu sehr auf taktische Rücksichten einstellen möchte“.

Ferner wird bestätigt, daß die Industriellen eine Fraktionslösung gefordert haben, und daß Herr Dauch ihr Kandidat für das Wirtschaftsministerium ist.

Herr Hugo bestreitet, daß die Schwerindustrie dabei den Ton angegeben habe. Es ist bezeichnend, daß ausgerechnet Herr Hugo die Schwerindustrie für so kompromittiert ansieht, daß er sie aus dem Spiel haben möchte! Er bestreitet ferner, daß die Trennung von Parteivorstand und Fraktionsvorstand geplant sei, und daß man mit dem Abmarsch zu den Deutschnationalen gedroht habe.

Alles in allem ist diese Erklärung eine Bestätigung. Die Industriellen versuchen, die Volkspartei völlig zu erobern, um den Anschluß nach rechts herzustellen.

Fraktionsvorstandesitzung der Volkspartei.

Der Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei hielt am Donnerstag im Reichstag eine Sitzung ab, die sich mit den schwebenden politischen Fragen beschäftigte. Gegenstand der Beratungen war insbesondere die Frage der Verantwortlichkeit für den Fall des Reichswirtschaftsministers. Eine endgültige Lösung ist nicht vor Sonnabend zu erwarten.

Die Braunkohlenhemden.

Jud Petschel, sein Geld und das Hakenkreuz.

Wir lesen im Hakenkreuzblättchen des Herrn Gregor Strasser den folgenden heuchlerischen Erguß:

„Mit der Befähigung eines Naturwissenschaftlers verlangt die Kohlenindustrie bei Eintritt der kalten Jahreszeit eine Erhöhung der Preise (trotzdem der gesunde Menschenverstand annehmen möchte, daß doch gerade der dann einsetzende hohe Umsatz eher eine Verbilligung gestattet).

Wollt es dies bekannst ist, darum konnte Jud Petschel, der Beherrscher der deutschen Braunkohlenindustrie, es wagen, gerade jetzt eine Preiserhöhung um eine Mark pro Tonne zu verlangen und — selbstverständlich — zu erhalten, obwohl die Braunkohlenindustrie im abgelaufenen Jahre mit riesigen Gewinnen „gescheitert“ hat, die z. B. bei der Rudiog (Braunkohlen- und Zementindustrie A.G.) von 240 Millionen aus dem Jahre 1927/28 auf 8,93 Millionen Mark im Jahre 1928/29 stiegen.“

Das Drängen von „Jud Petschel“ um Preiserhöhung hat schon seine Gründe. „Jud Petschel“ ist der Hauptling desselben Syndikats, das die Nationalsozialisten finanziert und selbstverständlich seine Ausgaben für diese angenehmen Zeitgenossen auf die Preise aufschlägt.

Es sind laubere Burichen, diese Hitlerischen Braunkohlenhemden, die von vorne gegen „Jud Petschel“ aufbegehren und hinter dem Rücken die Hand hohl machen, um das Petschel-Geld in Empfang zu nehmen. Mit Braunkohlengeld bezahlte Braunkohlenhemden — echte Braunkohlenhemden!

Sonne Hindenburg.

Die „Berliner Arbeiterzeitung“, das Hakenkreuzorgan Strassers, wärmt die Erinnerung an den Hitlerpulsch vom 2. November 1923 auf. Es schreibt dabei:

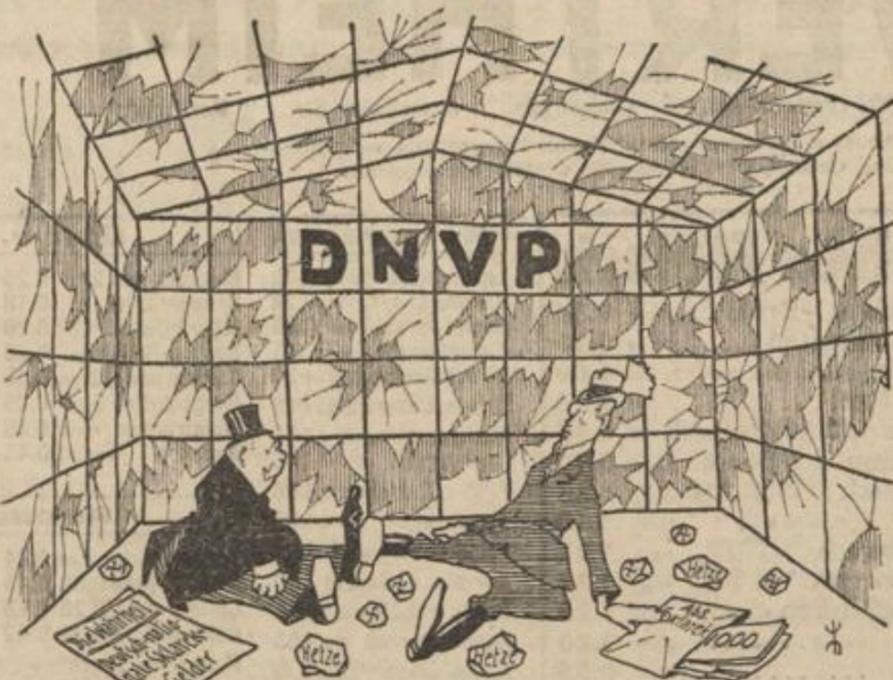
„Es hat sich nichts geändert. Damals hieß die Reihe: Ruhr — Lössow — Haushaber — Seeg. Heute heißt sie: Hindenburg — Rahraun — Raas — Seering.“

Es hieß unsere Laien schänden, wollten wir unsere Hände denjenigen reichen, aus deren Lager die Kugeln und Messer kamen, die unsere Kameraden getödtet.

Ihres Fluches aber sind wir gewiß, wenn wir nur einem dieser Hunnen die Hand reichen.

In diesem Sinne wird weiter beklammert: „Zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und den anderen gibt es keine Brücke.“ Das fängt schon wieder sehr nett an für den Volkseinkäufer!

Wer im Glashaus sitzt . . .



Die Deutschnationalen: „Wir haben in der Sklarenfrage zu blindlings mit Steinen geworfen. Nun ist unser eigenes schönes Glashaus futsch!“

Das Sklaren-Geld der Deutschnationalen.

Die ertappten Reiniger drehn und winden sich.

Die Deutschnationale Presse sucht den Eindruck der Enthüllungen der Finanzierung der Deutschnationalen durch die Sklaren abzuschwächen — aber vergebens. Die Tatsache, daß der Kassierer des Landesverbandes Berlin genommen hat, läßt sich nicht aus der Welt schaffen.

Herr Lauerrenz beehrt uns mit einer Berichtigung, der wir folgende Stellen entnehmen:

„Es ist unwar, daß die Brüder Sklare „wiederholt Geldbeträge durch den Deutschnationalen Stadtverordneten an den Landesverband Berlin der Deutschnationalen Volkspartei gezahlt haben“, und daß Herr Ganzow wiederholt in Geldsachen des Landesverbandes bei den Sklaren gemacht habe. Wahr ist vielmehr, daß im Jahre 1926 ein Parteifreund, dem die Sklaren für Privatweide 2000 M. zur Verfügung gestellt hatten, diesen Betrag durch Herrn Ganzow an den Landesverband Berlin der DNVP weitergegeben hat. Wahr ist ferner, daß außer Herrn Ganzow bis vor wenigen Tagen kein Angehöriger des engeren oder weiteren Vorstandes unseres Landesverbandes darüber unterrichtet war, daß der obige Betrag dem erwähnten Parteifreund von dritter Seite zur Verfügung gestellt war.“

Unwar ist schließlich, daß der Vorsitzende Lauerrenz des Landesverbandes Berlin von Herrn Ganzow über die Herkunft des fraglichen Betrages unterrichtet worden sei. Wahr ist vielmehr, daß der Vorsitzende erst vor ganz kurzer Zeit im Zusammenhang mit der Angelegenheit Bruhn von der Herkunft der fraglichen Summe etwas erfahren hat.

Wie sich Herr Lauerrenz auch drehn und winden mag, er macht die Sache nur noch schlimmer. Da taucht nun ein Parteifreund der Deutschnationalen auf, der von den Sklaren 2000 M. für Privatweide erhalten hat. Was waren dies für Privatweide, wer war dieser Parteifreund? Das scheint — immer vor- ausgelegt, daß diese Behauptungen stimmen — noch ein interessantes Kapitel im Sklare-Fall zu eröffnen.

Wie dem aber auch sei: das Geld ist in die Deutschnationale Parteikasse geflossen!

Hugenbergs „Nachtausgabe“ ruft voll Erbitterung nach „anzustrenger und eingehender Untersuchung der Vorgänge beim Landesverband Berlin der Deutschnationalen Volkspartei“. Wir verstehen den Schmerz. Es muß peinlich sein, wenn man öffentlich festgestellt sieht, daß die Verleumdungskampagne der Reiniger mit Sklare-Geld bezahlt worden ist!

Die Wiener Hochschule geschlossen.

Alle Studenten für den Hakenkreuzterror bestraft.

Wien, 7. November.

Die Rektoren der Universität, der Technischen Hochschule, der Hochschulen für Bodenkultur, Tierheilkunde und Welthandel haben heute abend beschlossen, diese Hochschulen bis auf weiteres zu schließen. Der Zutritt ist nur Studierenden gestattet, die zu einer Prüfung oder Promotion vorgeladen sind.

Durch diese Maßnahme verlieren alle Studenten das Semester, d. h. sie müssen ein halbjahr länger studieren; nicht betroffen sind die Kunst- und die beiden Handelsakademien. Hätten viele Professoren den Terror der Hakenkreuzler nicht geradezu großgezogen, so wäre dieses äußerste Mittel nicht nötig gewesen!

Den Bericht über die Ausschreitungen, die zur Schließung der Hochschulen geführt haben, lassen wir folgen.

Das Anatomische Institut der Universität ist schon öfter der Schauplatz wilder Exzesse akademischer Rowdys gewesen; der Institutsleiter und berühmte Anatomielehrer Prof. Dr. Julius Landler steht nämlich zugleich als Stadtrat der städtischen Gesundheitsfürsorge vor. Heute versuchten die Hakenkreuzhunden die Vorlesung Landlers zu sprengen. Der Hörsaal vor jedoch schon am frühen Vormittag von Hörern besetzt worden, die studieren wollten; sie verhinderten sämtliche Hakenkreuzler am Eintritt und schlugen ihre wiederholten Angriffe zurück, so daß Professor Landler seine Vorlesung beenden konnte. Als die Hakenkreuzler ihren Plan gescheitert sahen, randalierten sie in den Nebenräumen des Instituts und verhinderten schließlich die Hörer am Verlassen des Gebäudes. Die jüdischen und die sozialistischen Studenten konnten nur auf Leitern ins Freie gelangen.

Auf der Universität wurde ein Hörsaal von Böllschern gestürmt. Mit den Rufen „Auden hinaus!“ durchzogen sie die Korridore und zertrümmerten die Glascheiben der Anschlagtafeln der sozialistischen und der jüdischen Hochschüler. Der Rektor, Prof. Dr. Gleispach, und die Professoren versuchten vergebens, vermittelnd einzugreifen. Jüdische und sozialistische Hochschüler wurden mißhandelt. Als das auch auf der Kampe vor der Universität weiterging, trennte Polizei die Gegner.

Reichsdeutscher Pressebeirat beim Heimwehrbankett!

Wien, 7. November. (Eigenbericht.)

Die Arbeiterzeitung teilt mit, daß die Heimwehr zu einem Bankett am 28. Oktober eingeladen hatte. In diesem Bankett nahmen

zahlreiche zuverlässige rechtsgerichtete ausländische Journalisten teil, darunter der Presschef der Deutschen Gesellschaft in Wien und Vertreter des B.D. Hauptmann a. D. Helmut von den Hagen. Steidle erklärte, daß die Heimwehr in der Lage sei, eine mit reichen Mitteln arbeitende Pressepropaganda zu organisieren, die namentlich im Ausland zu arbeiten hätte.

Mostauer Festreden.

Im Posthornton der „Weltrevolution“.

Gestern abend sprachen über den Mostauer Sender russische und ausländische Kommunisten vom Staatsfeiertag. Sämtliche Reden wurden ins Deutsche überetzt. Ein Vertreter der Mostauer Sowjets begann mit den Worten:

Soldaten und Proletariat der imperialistischen Länder, haltet euch bereit zum letzten großen Kampf um den Lenin's Wert. Das russische Proletariat verpflichtet euch beizustehen. In Deutschland wie überall marschiert der Faschismus mit seinen Vasallen, den Sozialfaschisten, sie alle streben nach einem neuen imperialistischen Krieg. Deutsche Arbeiterklasse, sei bereit!

Dann schimpfte ein deutscher Kommunist auf „Jörgiebel und Kompagnie“ und schloß damit, sie hätten in Deutschland schon lange eingesehen, daß der Oktoberweg der einzige richtige sei. Dem entsprachen die weiteren Reden und Vordreden. Nachdem alle sich gegen den Militarismus ausgesprochen hatten, schloß die Veranstaltung mit der Militärrede eines roten Generals, von dem Ludendorff noch lernen könnte.

Der Reichsrat erledigte in seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstag nachmittag, die von Staatssekretär Zweigert geleitet wurde, wiederum nur kleinere Vorlagen.

Venezuela hat wegen des Rebellenfalls mit Hilfe des Dampfers „Falle“, Firma Preuzlau-Hamburg, noch nicht Strafantrag gestellt; deshalb konnte ein Strafprozeß auch noch nicht eingeleitet werden.

Auch Dänemark weiß Trost ab; auf das Einreisegebot über norwegische und dänische Sozialdemokratie erging die Antwort, Dänemark könnte Trostis Sicherheit nicht verbürgen.

Der kanadische Vermittler-King erklärte einem Mennonitenbischof, die deutsch-russischen Auseinandersetzungen könnten nur dann eingelassen werden, wenn ihre kanadischen Glaubensgenossen ihren Unterhalt garantierten.

Die vier russischen Dyanflieger vom Flugzeug „Band der Sowjets“ wurden von der Luftfahrt-Handelskammer in New York gefeiert. Generalstaatsanwalt a. D. Ottinger sagte eine neue Freundschaftsacra USA.—Rußland voraus.

Kommuniste Lange geohrfeigt!

Sozialdemokratischer Parteiveteran vollzieht die Abstrafung.

Die Berliner Stadtratsversammlung trat gestern zum letzten Male vor den Wahlen zusammen. Sie kam nicht weiter als bis zum ersten Punkt der Tagesordnung, zu der Beratung des kommunistischen Mißtrauensantrages gegen Oberbürgermeister Böß. Die Kommunisten hatten sich darauf vorbereitet, diese letzte Sitzung zu einer Abschiedsfeier in ihrem Sinne zu gestalten — und das gelang ihnen. Das wüste Geschimpfe, mit dem der Kommuniste Lange seine den Antrag begründende Rede „Schmütze“, fand, wie üblich, bei den Deutschnationalen verständnisvolle Zustimmung. Bei der von unserem Genossen Flatau vorgetragenen Erklärung über die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion und die Gründe ihrer abwartenden Haltung machten wieder die Deutschnationalen mit den Kommunisten gemeinsame Sache, und beide beantworteten die Erklärung mit höhnendem Lärm. Als im Schlußwort der Kommuniste Lange die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion „politische Betrüger übelster Art“ zu nennen sich erdrehte, übermannen unseren alten Genossen Tempel der Zorn. Der in schwerer Zeit der Partei bewährte, jetzt im 71. Lebensjahr stehende Parteiveteran schritt zur Tribüne und hieb dem Lange ins Gesicht. Der Kommunist Besche warf unseren Genossen Tempel zu Boden, hinzuspriengenden anderen Genossen gelang es aber, den Bedrohlichen aus den Händen des Kommunisten zu befreien. Die Sitzung endete dann im Tumult.

Auf eine dringliche Anfrage der demokratischen Fraktion antwortete Bürgermeister Scholz, daß die eben beendete Amerikareise der Magistratsmitglieder geringere Kosten verursachte, als die vorhergegangenen Reisen. Dann gab

Bürgermeister Scholz folgende Erklärung ab:

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat heute den Antrag des Oberbürgermeisters Böß auf Eröffnung des Disziplinarverfahrens genehmigt. Böß ist zunächst auf vier Wochen beurlaubt. Der Oberpräsident hat gebeten, den förmlichen Körperlichen Kenntnis davon zu geben, was hiermit geschieht. Zu dem Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen den Oberbürgermeister wird sich der Magistrat nicht äußern. (Zuruf des Stadtrats, Lange (Komm.): Das ist die Schiedung! (Stoße des Vorsitzers.) Während das Disziplinarverfahren läuft, kann der Magistrat sich nicht äußern. (Zuruf des Lange: Das ist die Schiedung, auf die wir gewartet haben!)

Als dienstältester Stadtrat gab namens der Magistratsmitglieder Genosse Wuhl ebenfalls eine Erklärung folgenden Inhalts ab:

„Ohne Beiragung des Magistrats ist am Dienstag dieser Woche von einem Berliner Abendblatt der Telegrammwechsel mit dem auf der Amerikareise befindlichen Herrn Oberbürgermeister veröffentlicht und der Vorwurf gegenüber Herrn Bürgermeister Scholz daran geknüpft worden, daß er die in Amerika weilenden Magistratsmitglieder unzureichend informiert habe. Demgegenüber ist zunächst festzustellen, daß entgegen der einseitigen und gerade deshalb irreführenden Ueberschrift der bezeichneten Veröffentlichung der Telegrammwechsel vollständig wiedergegeben worden ist; denn er umfaßt nicht nur die veröffentlichten, sondern noch weitere sechs Telegramme. Den gegen Herrn Bürgermeister Scholz erhobenen Vorwurf aber muß der Magistrat entschieden als unberechtigt zurückweisen, da Herr Bürgermeister Scholz bei der Erledigung aller mit der Sklarek-Angelegenheit zusammenhängenden Maßnahmen stets im Einvernehmen mit dem Magistratskollegium gehandelt und — was ja auch die wiederholten Reden in der Stadtratsversammlung klar erkennen lassen — einwandfrei und loyal zu den Angriffen gegen die abwesenden Magistratsmitglieder Stellung genommen hat.“

Als der Kommunist Lange-Neuföln das Wort zur Begründung des kommunistischen

Mißtrauensantrages gegen Böß

nimmt — er hat laut Beschluß des Aeltestenrates dreiviertel Stunden Redezeit —, verläßt ein großer Teil der Stadtratsmitglieder den Saal; auch die Sozialdemokraten lassen nur Hordposten zurück. Lange redete noch einmal alle die Anschuldigungen und Verleumdungen der „Roten Fahne“ herunter. Alles, was während des Sklarek-Standals an unwahren, unfantastischen Behauptungen gegen den Oberbürgermeister und die Stadtwahlverwaltung von rechts und links aufgestellt und in die Welt polsaunt wurde, war Herrn Lange gut genug, in seiner Rede verwertet zu werden. Herr Lange gab schon eingangs seiner Schimpfereien den Tenor bekannt: Auf eine politische Abrechnung mit Böß (lies der Stadtwahlverwaltung) komme es ihm und den Kommunisten an! Von der schwarzrotgoldenen Mehrheit im Rathaus sei ein „stinkender Mißhaufen“ übriggeblieben. (Voller Beifall bei den Deutschnationalen!) Hier eine der Aeußerungen des Redners: Ist es wahr (!), daß Herr Böß für die Vermittlung des Beluchs Ananulaha bei Wertheim einen Vertierteppich erhalten hat? — So ging es 45 Minuten lang zum Gaudium, aber auch mit stärkster Zustimmung der Deutschnationalen. Auf einen Zuruf von rechts der erwiderte Lange: Wir bedauern, daß der Staatsanwalt partiell eingegriffen hat und nur die beiden „Banditen“ Gabel und Deaner festgesetzt hat, während seine „schwarzrotgoldenen Kumpane“ frei umherlaufen. Lange schloß mit einer der üblichen sozialistischen Erklärungen, die diesmal in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen um einige Meter länger ausfiel. Einen guten Miß leistete sich der Redner der Deutschnationalen, Justizrat Lüdke. Er behauptete,

die Deutschnationalen seien am Sklarek-Standal nicht beteiligt!

(Stürmische Heiterkeit.) Herr Bruhn und seine Enthüllungen über die Zuwendungen der Sklarek an die Deutschnationalen Partei waren dem Redner sehr unangenehm; er kündigte „Untersuchungen gegen Mitglieder, die etwa gefehlt haben sollten“, an. Somit waren seine Ausführungen genau so inhaltlos wie die Langes; man merkte nur zu deutlich, daß eine Ausbeutung des halbes Sklarek zu parteipolitischen Zwecken nicht mehr möglich ist. Am Schluß nannte Lüdke die Verwaltung Berlins eine „Luderwirtschaft“. — Stadtratsmitglied Schwarz (D. Sp.) nannte die politische Ausbeutung der Angelegenheit einen Kampf aller gegen alle, der zum Ruin der Stadt recht bald eingeleitet werden müsse. (Bravo!) Gegenüber den Erklärungen Böß meinte Schwarz, daß man solche Erklärungen genug erlebt habe und daß es an der Zeit sei, endlich den Weg der reinen Wahrheit zu gehen. Man könne nicht erwarten, daß ein Oberbürgermeister mit diesen Befastungen wieder vor die Stadtratsversammlung tritt. Die Deutsche Sozialpartei wird für den ersten Teil des kommunistischen Antrages, der dem Oberbürgermeister das Mißtrauen ausspricht, stimmen. Für eine pensionslose Entlohnung sei keine Fraktion nicht. Namens der sozialdemokratischen Fraktion gab

Genosse Flatau folgende Erklärung

ab: Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion erhebt nach wie vor die dringende Forderung, daß alle Vorwürfe, die im Zusammenhang mit der Sklarek-Affäre gegen Mitglieder der Berliner kommunalen Verwaltung erhoben worden sind, ohne jede Rücksicht auf irgendeine Person restlos geklärt werden. Die sozialdemokratische Fraktion wird entsprechend ihren früheren Erklärungen rücksichtslos vorgehen, falls sich herausstellt, daß irgendeiner der Angeklagten seine Pflichten verletzt hat. Sie lehnt es jedoch nachdrücklich ab, sich ihr Verhalten distanzieren zu lassen von einer skrupellosen Sensationspresse, der im Verlaufe dieser Skandallaffäre wiederholt nachgewiesen worden ist, daß sie die Ehre kommunalpolitisch tätiger Persönlichkeiten ohne den Schatten

eines Beweises in den Schmutz gezogen hat. Ebenjowenig kann die sozialdemokratische Stadtratsfraktion die durch diese Pressezeile aufgepeitschten, auf den Strohen ständelnden Elemente als Richter anerkennen. Diesen Standpunkt nimmt die sozialdemokratische Fraktion auch gegenüber den Angriffen auf den Oberbürgermeister ein. Sie wartet das Ergebnis des auf seinen Antrag eingeleiteten Disziplinarverfahrens ab und wird dann auf Grund dieses Untersuchungsergebnisses ihre Entschlüsse endgültig fassen. An der Abstimmung über den Mißtrauensantrag beteiligt sich die sozialdemokratische Fraktion deshalb nicht.

Der Demokrat Meyer berief sich darauf, daß ein Mißtrauensantrag in der Stadtratsversammlung andere gesetzliche Grundlagen habe, als in Reichs- und Länderparlamenten. Die Demokraten würden sich deshalb an der Abstimmung nicht beteiligen. Die Sache mit dem Belz billige und verteidige seine Fraktion nicht. Böß hätte sich jedoch in jahrzehntelanger ehrenvoller Laufbahn um Berlin Verdienste erworben. — Das Zentrum und die Wirtschaftler erklärten, für den ersten Teil des Antrages (Mißtrauenserklärung) stimmen zu wollen, den zweiten (Pensionsentziehung) lehnten sie ab. — Rechtsgerichtete Splitterparteien wollten dem Mißtrauensantrag zustimmen, die unabhängige Stadtratsfraktion Frau Wegmann lehnte den Antrag ab, weil er von „einer kommunistischen Partei“ kommt. Frau Wegmann mußte sich dafür persönlich anrempeln lassen. Herr Lange war diese Kennzeichnung sehr unangenehm, man merkt das immer an der Stärke seiner Ausdrücke. Lange erklärte, die während der Werbeweche in die Sozialdemokratische Partei eingetretenen neuen Mitglieder seien alle Krippenjäger, die nur auf Posten rechneten. (Empörung bei den Sozialdemokraten.) Lange fand nicht Maß und Ziel in seinen Beschimpfungen. Als er in den Saal schrie: Jamohl,

die Sozialdemokraten sind alle Betrüger,

war die Erregung über diesen Psychopathen auf dem Höhepunkt.

Unter aller 71-jähriger Genosse Tempel, der über 50 Jahre im Dienste der Partei steht, der 26 Jahre Stadtratsmitglied und Ehrenbeamter der Stadt ist, ging ruhigen Schrittes auf die Rednertribüne und verabschiedete Lange eine Ohrfeige!

Lange wich zurück, Kommunisten und Sozialdemokraten stürmten auf die Tribüne, ein Handgemenge entstand, der Kommunist Besche ließ den Genossen Tempel zurück, so daß er zur Erde fiel. Die Stadträte Reuter und Schlichting traten dazwischen, um weiteres zu verhindern. In den Bankreihen der Linken herrschte großer Lärm. Häufig wurden geschwungen, doch scheiterten die Kommunisten die Situation für sich doch als bedenklich einzustufen. Der Vorsitzerstellvertreter Dr. Caspari hatte inzwischen die Sitzung durch Verlassen seines Platzes aufgehoben; der Aeltestenrat trat zusammen.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung erklärte Vorsitzerstellvertreter Dr. Caspari: Die Deffinitivität ist wiederhergestellt, die Sitzung ist eröffnet. Meine Damen und Herren! Im Aeltestenrat ist keine Einigung erzielt worden, die Sitzung ist deshalb geschlossen. Daher konnte natürlich auch die Abstimmung über den kommunistischen Antrag nicht vorgenommen werden. Darauf verließen die Stadtratsmitglieder den Saal.

Im Aeltestenrat erklärten unsere Genossen, daß eine Entschuldigung durch Herrn Lange die Voraussetzung für die Weiterverhandlungen im Plenum sei. Die Kommunisten verweigerten diese Entschuldigung und so unterblieb die Einigung. — Dem Vernehmen nach haben sich Deutschnationalen und Kommunisten verbündet, um eine neue Sitzung zustande zu bringen. Es gehören dazu die Unterschriften von einem Drittel der Stadtratsmitglieder. Das Drittel würden diese beiden Parteien ausbringen.

Kommunisten über Lange-Neuföln.

Kurz nach den turbulenten Austritten in der Sitzung sah Genosse Tempel mit einigen Parteifreunden im Vorraum des Sitzungssaales. Da trat der Kommunist Roth-Schöneberg an Tempel heran und fragte ihn, warum er als alter Mann sich denn an dem jungen Lange vergriffen habe? Als Tempel ihn darauf hinwies, daß er als Einundsechzigjähriger sich doch unmöglich einen Betrüger nennen lassen könne, bemerkte Herr Roth: „Aber Tempel, du kannst doch diesem jungen Mann nichts übel nehmen, du weißt doch, wo er es gelernt hat!“ Wir haben dieser Kennzeichnung des Lange durch seinen Parteigenossen nichts hinzuzufügen.



Johann Komarov: **He, Kosaken!**
aus dem Ungarischen von Alexander von Sacher-Masoch
Copyright by Börsing-Guteberg, Berlin.

Wenn das Dorf schon weit zurücklag, suchte der junge Herr irgendeinen geeigneten Platz aus. Einmal eine Rajencke, hinter welcher ein Zwergweidenwäldchen schlummerte, dessen Hintergrund die zwei bleistiftspitzen Türme des Dorfes weiß hervorstühten. Ein anderes Mal schlugen wir unser Lager vor einem runden Hügel auf, auf dem Hügel schwiegen ein paar alte Buchen und im Hintergrund, viele Tagemärsche weiter, waren blaue Berge zu sehen, aber in märchenhaftem Blau, wie ein Hauch nur. Und jenseits der Linie dieser blauen Berge sprühten, halb an den Horizont gelehnt, in blendendem Weiß die mageren Grate noch fernerer Berge. Die Alpen waren es, die Alpen!

Ich legte mich in das hohe Gras und betrachtete mit aufgestützten Ellenbogen den blauen Himmel und die blauen Berge. Hier unten war alles grellgrün, in den Saaten brauste der verwegene Chor der Grillen und von Süden sahen uns die Grenzweiden der Ebene von Respekt graugedankenvoll an. Das Sumpfbiet von Redvec stand regungslos im giftigen Grün und über dem Weidenwald und dem Ried spiegelteten sich unentwegt die Wasser der Fata Morgana. In diesem trügerischen Wasser zitterte die Pferdeherde und die drei langarmigen Ziehbrunnen bebten und schwebten mit großer Geschwindigkeit vorbei. Dort mußte der Oberloft irgendwo lagern.

Der junge Herr und das Fräulein molten inzwischen. Der junge Herr begann damit, daß er sich vor seiner Staffelei aufstellte und, den Pinsel mit der Rechten vor sich haltend, das eine Auge zusammengekniffen, vor sich hin zielte. Als nähme er Maß von etwas. Diese Bewegung wiederholte er öfter. Manchmal ging er zu Fräulein Emmi hinüber, die da bereits barhaupt arbeitete, mit etwas zerzausten Haaren. Aber so war sie vielleicht noch hübscher.

Der junge Herr stellte sich hinter das Fräulein, hob den rechten Arm und auch das Fräulein machte es ebenso mit dem Pinsel. Ich dachte mir gleich, daß man so das Rollen zu er-

lernen pflegte. Da jedoch der junge Herr ganz nahe bei dem Mädchen stand, ließ er seinen Arm plötzlich auf ihre Schulter fallen. Er zog sie an sich, umarmte sie. Das Mädchen versuchte sich zu wehren.

„Ich klopf dir auf die Finger, Beza...“
Sie machte sich frei, war jedoch nicht übermäßig böse. Denn der junge Herr schlich sich später wieder hinter sie und Fräulein Emmi verbat sich es nicht schon vorher, sondern erst, als das Malheur schon geschehen war. Ein zweimal bejammerte sie sich und wandte sich entschuldigend an mich. Aber sie lächelte: „Stehst du, Hänschen, man soll nicht zu vertrauensselig sein.“

Manchmal hielt auch ihr Bruder Bandi mit uns. Dann strolachten wir zwei halbe Nachmittage lang nach Vogelneestern. Einmal knöpfte ich ihn mir vor.

„Sag mal, wer ist dieser junge Herr?“
„Ein Verwandter“, sagt mein Kamerad. „Mein Vater ist sein Onkel. Aber mein Vater liebt es nicht, wenn er mit Emmi herumzieht.“

„Weshalb liebt er es nicht?“
„Deshalb, weil er in Best Künstler ist und immer nur malt, und mein Vater hat es ihm gestern rund herausgesagt, er möge sich einen besseren Beruf suchen.“

„Und weshalb meinst du dein Vater in die Angelegenheiten des jungen Herrn?“

Bandi starrte mich mit kreisrunden Augen an und dann begann er zu lachen. Aber so, daß er sich im Grate wälzte.

„Weshalb? O du mein Gott, was bist du für ein Esel! Wie sollte er sich nicht darum kümmern, wo doch Onkel Beza Emmi heiraten will. Nun, deshalb sagte er ihm, du Alleswischer, daß er sich einen anderen Beruf suchen solle, na. Tut er es nicht, dann bekommt er sie nicht. Verstanden?“

„Natürlich verstehe ich's“, antwortete ich verärgert, denn es trankte mich, daß der Kerl über mich lachte. „Und liebt Fräulein Emmi den jungen Herrn?“

Bandi winkte mit müder Geste:

„Das ist es ja gerade. Und darum ist Vater böse, und damit Emmi nicht mit ihm außer Hause herumsteigt. Heute morgen sagte der Alte zu Mutter: er wird ihr noch den Kopf verdrehen, aber dann erlebte ihr etwas!“

„Daß der junge Herr ihn verdreht?“

„Nun, freilich.“

„Und auf welche Weise verdreht er ihn?“

Bandi zuckte die Achseln, daß er es auch nicht wisse und so blieb ich weiter unaufgeklärt. Und je ausgelassener ich das Mädchen von nun an sah, um so mehr bedauerte ich je.

Und ich begleitete sie nicht mehr in die Gegend hinaus, nur noch ein einziges Mal. Danach sah ich sie monatelang nicht mehr, denn sie verschwand eines Nachts und ließ nicht einmal die Spur ihrer kleinen Schuhe auf den winkligen Pfaden des Gartens zurück.

Bei diesem letzten Auszug verwirrte mich Fräulein Emmi so, daß es mich bei der bloßen Erinnerung noch heute heiß überläuft.

Aber ich will am Anfang beginnen.

Am zweiten Tage nach dem letzten Mal molten die beiden wieder in der Gegend, aber an diesem Nachmittage war ich nur allein mit ihnen. Der junge Herr hatte einen Bintel ausgeführt, in einer Biegung des Helmebaches. Drei breite Pappeln rauschten am nahen Hügel, ein Rohteppich stammte auf der grasgrünen Saat und die zwei Kupfertürme des Dorfes glänzten von weitem. Friedliche Stille lag über der Gegend und an einzelnen fernen Punkten arbeiteten die Menschen wie emsige Ameisen. Jenseits des Baches graute eine Kinderherde, und das Geläut der Kuhglocken scholl herüber. Aber in großen Zwischenräumen und kaum vernehmlich. Die Hügel, die runden Wäldchen und drüben das Ried badeten in tiefem Goldton. Schweigen war im All, tiefes Schweigen. Nicht einmal das Krähen der Hähne vernahm man hier, das an so schlaftrigen Nachmittagen häufig zu hören ist. Aber das Dorf war fern, sehr fern... Und jenseits des Dorfes, der Hügel, der runden Wäldchen, schlummerten die Berge waldlos am Rande des Horizontes und über ihren Schultern blühten die mageren Grate der Alpen aus der Ferne... Da sahen diese Alpen noch heute, aber ich sehe sie nicht mehr. Sie gingen mir verloren, wie meine alte Laune mit der unwiederbringlichen Jugend...

Am diesem sonnigen Nachmittage lag ich im Grate und mein Herz war so gefüllt mit süßen Sehnen, daß ich fast weinte. Der junge Herr und Fräulein Emmi pinneten in einiger Entfernung auf ihrer Leinwand. Ich beobachtete sie nicht sehr. Denn seitdem es für mich unzweifelhaft geworden war, daß Emmi in den jungen Herrn vernarrt sei, betrübte mich ihre leichte Untreue. Manchmal traf mich die glöckenhelle Stimme des Mädchens:

„Ich klopf dir auf die Finger, Beza!“

Dann beschlich Wehmut mein Herz. Denn in der Abwehr des Mädchens war nicht ein Schimmer ernstlicher Bestimmung. Sie drohte dem jungen Herrn eher überhand.

Und während ich im Grate lag, begann das Gras mit einemmal aus einer Richtung zu rauschen. Als näherte sich jemand.

(Fortsetzung folgt.)

Dorn-Macziński 6 Tage-Sieger

Eine letzte ruhige Stunde.

Mit der Mannschaft aus dem Nachwuchs der Fahrer Dorn-Macziński als Sieger ging gestern Abend 11 Uhr das 22. Berliner Sechstage-Rennen zu Ende. Dorn-Macziński gewannen die 145-Stundenfahrt mit vier Runden Vorsprung und 127 Punkten.

In den Nachmittags- und auch in den Abendstunden veränderte sich mehrfach der Stand des Rennens. Doch wählten die bisherigen alleinigen Spitzenreiter Dorn-Macziński, ihre Position nicht nur zu behaupten, sondern auch noch zu verbessern. Sie gingen mit drei Runden Vorsprung in die letzte Wertung. Vor Beginn der letzten ununterbrochenen Spurtstunde gingen wegen der Sturzverletzungen Wiffels Lehmann-Wiffel aus dem Rennen. Herzlicher Beifall begleitete sie auf ihrer Abschiedsrunde. Als die acht Paare sich zur Spurtstunde anschlössen, waren nach 144 Stunden 3419 Kilometer zurückgelegt. Die letzte Stunde brachte keine sonderlichen Jagden, verlief vielmehr vollkommen ruhig. Nur in den letzten drei Minuten gab es noch einige Vorstöße, in deren Verlauf sich Dorn-Macziński abermals eine Runde Vorsprung sicherten und nunmehr vier Runden vor dem Felde lagen. Das Ergebnis:

1. Dorn-Macziński 127 Punkte, vier Runden zurück
 Ehmer-Kroschel 168 Punkte, Huertgen-Riethe 136 Punkte, fünf Runden zurück
 Lauet-Mouton 223 Punkte, sechs Runden zurück
 Krüger-Funda 394 Punkte, sieben Runden zurück
 Sooffens-Densef 278 Punkte, acht Runden zurück
 Wantheg-Schön 147 Punkte, neun Runden zurück
 Petri-Liech 337 Punkte. Insgesamt wurden in den 145 Stunden 3454,200 Kilometer zurückgelegt.

Mit Blumen bekränzt, fuhren Dorn-Macziński, die nunmehr ihren ersten Sechstage-Sieg errungen haben, eine stürmisch jubelnde Ehrenrunde.

Die Quittung des Oberbürgermeisters.

Leichtfertige Verbreitung unrichtiger Nachrichten.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: „Es wird verbreitet, daß die Pelzrechnung des Oberbürgermeisters in Höhe von 375 M. noch nicht bezahlt sei. Laut Zahlkarte sind die 375 M. auf Postcheckkonto der Firma Klarek Berlin 16 898 am 7. Februar 1929 überwiesen worden. Die Quittung befindet sich in Händen des Oberbürgermeisters.“

Diese Nachricht war nötig geworden, weil die B.-E.-Korrespondenz gestern mittag folgendes verbreitete: Oberbürgermeister Böß hat bekanntlich erklärt, daß er nach dem Empfang der Pelzjacke im Herbst 1928 von den Gebrüder Klarek eine Rechnung verlangt habe. Aus den Unterlagen, die die Staatsanwaltschaft bei der RW. beschlagnahmt hat, geht jedoch hervor, daß eine Rechnung über 375 M. erst im März d. J. abgesandt worden ist. Ein Kassenbeleg über den Eingang der Summe findet sich in den Geschäftsbüchern der Klareks überhaupt nicht und der hierzu vernommene Buchhalter Lehmann bekundete, daß ihm von einer Zahlung nichts bekannt sei. Da durchaus die Möglichkeit besteht, daß die Gebrüder Klarek aus irgend welchen Gründen, vielleicht auch aus Vergeßlichkeit den vom Oberbürgermeister Böß gezahlten Preis für die Pelzjacke nicht gebucht haben, soll durch die eidlische Aussage des Oberbürgermeisters hier Aufklärung geschaffen werden.

Es muß einmal mit aller Schärfe betont werden, daß es unverantwortlich ist, derartige Nachrichten ohne vorherige Prüfung in die Öffentlichkeit zu lancieren.

Bürgermeister Kohl, Köpenick, dessen planmäßiger Erholungsurlaub am 6. November abließ, hat mit Genehmigung des zur Zeit die Geschäfte des Oberbürgermeisters führenden Bürgermeisters Scholz einen weiteren Urlaub angetreten. Bürgermeister Kohl hat bereits vor Wochen seinem Disziplinarvorgesetzten, dem Bürgermeister Scholz, eine genaue Darstellung zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfe eingereicht und die Einleitung des Disziplinarverfahrens beantragt.

Die Amtsgeschäfte des beurlaubten Bürgermeisters Kohl werden von dem stellvertretenden Bürgermeister, Stadtrat Ehrlich, weitergeführt.

Zusammenstoß zweier Flugzeuge.

Piloten retten sich durch Fallschirmabsprung.

London, 7. November.

Bei einer Gefechtsübung in der Luft stießen zwei einflügelige Flugzeuge der englischen Luftstreitkräfte nicht weit von dem Schauplatz des Unglücks des deutschen Verkehrsflugzeuges zusammen. Beide Flugzeuge gerieten in Brand und stürzten aus etwa 1500 Meter Höhe in die Tiefe. Wie durch ein Wunder gelang es den beiden Piloten, sich rechtzeitig aus den brennenden Apparaten zu befreien und mit Hilfe von Fallschirmen den Erdboden zu erreichen. Eine Maschine stürzte auf das Dach eines Hauses, das sofort in Brand geriet.

Oeffentliche Wählerkundgebungen

Heute, Freitag, den 8. November:

Wedding. 19½ Uhr im Pagenhofer, Chaussee 64. — Referenten: Stadtverordneter Siegfried Weinberg und Stadtverordneter Gustav Blaschki.

Prenzlauer Berg 26. und 28. Abt. 19½ Uhr in Hoffmanns Festsälen, Schwebter Str. 23. — Referent: Stadtverordneter Hermann Lempert.

Mitte 7. Abt. 20 Uhr im „Nordischen Hof“, Invalidenstraße 126. — Referent: Karl Dressel.

Schöneberg. 19½ Uhr im Bürgeraal des Rathauses, Am Lauterplatz. — Referent: Stadtrat Ernst Reuter.

Steglitz. 20 Uhr in der Aula des Gymnasiums, Heefestr. — Referent: Stadtbaurat Dr. Wagner.

Zehlendorf. 19½ Uhr im Lokal Brumm, Siedlung Fischtalgrund. — Referent: Käthe Kern.

Weißensee. 19½ Uhr im Lokal „Zum Pferdemarkt“, Schönstraße. Thema: Was erwarten die Kleingärtner von den Kommunalwahlen? — Referent: Walter Reinhold, Geschäftsführer des Verbandes der Kleingärtner.

Reinickendorf-West. 18½ Uhr Antreten zum Werbezug mit Musik und Fackeln vor dem Volkshaus, Scharnweberstr. 114. Abmarsch pünktlich 19 Uhr. — Referent: Stadtrat Oskar Ewald.

Tegel. 19½ Uhr im Lokal Seefisch in Heiligensee. — Referent: Stadtverordneter Heinrich Schäfer.

Oeffentliche Jungwählerversammlung in Charlottenburg. 19½ Uhr in Ahlerts Festsälen, Berliner Str. 88. Tagesordnung: Die Jungwähler und der Kampf um die Kommune. — Referent: Stadtverordneter Dr. Siegfried Kawerau.

Morgen, Sonnabend, den 9. November:

Biesdorf. 20 Uhr im Lokal Burghardt, früher Dieh, Biesdorf-Süd, Köpenicker Str. — Referent: Willy Rogge.

Sonntag, den 10. November:

Mitte 3. Abt. Treffpunkt zum Demonstrationsumzug um 11½ Uhr Ringestr., Parkseite.

Wedding. 14 Uhr Kundgebung im Schillerpark. — Redner: Otto Wels, M. d. R. und Bürgermeister Carl Leid. Treffpunkte der einzelnen Abteilungen: 14., 15., 16. Abt.: 12½ Uhr auf dem Binetaplatz. 18., 19., 20. Abt.: 12½ Uhr auf dem Brunnenplatz. 17., 21., 22., 23. Abt.: 12½ Uhr auf dem Zeppelinplatz. Abmarsch vom Binetaplatz pünktlich 12.45 Uhr, vom Brunnenplatz und Zeppelinplatz um 13 Uhr. Unter Mitwirkung des Reinekeschen Männerchors.

Prenzlauer Berg. Propagandaumzug durch den Kreis mit Musik. Treffpunkt: 12½ Uhr am Arnswalder Platz. Abmarsch pünktlich 13 Uhr.

Schöneberg. Propagandaumzug mit Musik. Abmarsch 14 Uhr von der Innsbrucker Str. am Untergrundbahnhof Hauptstr. Von 13½ bis 14 Uhr Platzkonzert auf dem Rudolf-Wilde-Platz.

Kaulsdorf. Werbezug mit Musik. Treffpunkt: 14½ Uhr Bahnhof Kaulsdorf. Anschließend um 17 Uhr öffentliche Wählerkundgebung in der Turnhalle, Adolfsstr. Filmvorführung: „Was wir schufen.“ — Ansprache: Genosse G. Weber.

Mahlsdorf. 14 Uhr Treffpunkt zur Demonstration am Dreieck, Zeppelinstr. und Hönower Str. Anschließend Wählerkundgebung im Lokal Jakobs, Lemkestr., Ecke Kieler Str. — Referent: Stadtverordneter Hermann Lempert.

Blankenfelde. 16 Uhr im Lokal Tinius, Hauptstraße. — Referent: Jugendsekretär Bruno Lösche. Achtung! Treffpunkt der Genossen aus Niederschönhausen zur Beteiligung an der Kundgebung pünktlich 15 Uhr in Nordend.

Müggelheim: 15 Uhr im Lokal „Zur großen Krampe“. Referent: Friedrich Klatt.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Blitzschlag in eine Schule.

Zahlreiche Schullinder verletzt.

Rom, 7. November.

Im neapolitanischen Dorfe Pelizzano hat der Blitz während des Unterrichts in das Schulhaus und direkt in ein Klassenzimmer eingeschlagen. Das ganze Zimmer geriet sofort in Brand, und auch die Kleider einiger Schüler gingen Feuer. Unter den Kindern brach eine furchtbare Panik aus. Ein Knabe erlitt lebensgefährliche Brandwunden, zehn weitere wurden schwer verletzt.

Nächtliche Messerstecherei.

Ein Schlosser an den Folgen verstorben.

Eine Messerstecherei mit tödlichem Ausgang spielte sich, wie erst jetzt bekannt wird, Mittwoch Abend um 11.45 Uhr vor dem Hause Prenzlauer Allee 211 ab. Der 24 Jahre alte Schlosser Artur Hesse, der erst jung verheiratet ist und in der Grellstraße 17 wohnt, hatte eine Mieterversammlung in den Sophienhöfen besucht. Als sie zu Ende war, wollte er nach Hause gehen. In der Prenzlauer Allee begegnete ihm etwa 10 bis 15 junge Burschen, mit denen geriet er zusammen.

Zwei Augenzeugen, die sich jetzt gemeldet haben, machen folgende Angaben: Sie beobachteten, wie sich die Rote und den jungen Hesse anlangte. Schimpfrufe fielen. Er wurde gestochen und plötzlich liefen alle davon; nur Hesse schwankte auf dem Fahrdamm hin und her. Die Zeugen eilten hinzu, um ihn zu stützen. Dabei entdeckten sie, daß er vollkommen mit Blut besudelt war. Sie brachten den Angefallenen zur Rettungsstelle in der Wismstraße, und von dort wurde er sofort ins Krankenhaus am Friedrichshain transportiert. Die Ärzte stellten u. a. einen tiefen Rückenstich fest, der die Lunge durchbohrt hatte. In den frühen Morgenstunden ist Hesse an den Folgen dieses Rückenstichs gestorben. Was die Rote veranlaßt hat, den jungen Mann anzufallen, der nach den Aussagen der Zeugen ruhig seines Weges ging, ist unklar. Die Polizei hat sofort die Nachforschungen nach den leider noch unbekanntem Tätern aufgenommen.

U-Bahnstrecke eingestürzt.

Waren die Holzversteifungen überlastet?

Am Donnerstag nachmittag ereignete sich beim U-Bahnbau in der Brunnenstraße in nächster Nähe des Bahnhofs Gesundbrunnen ein schwerer Schachtsturz, bei dem glücklicherweise Arbeiter, die an der Unfallstelle in größerer Zahl beschäftigt waren, nicht verletzt worden sind.

Die Tunnelwände an der Einsturzstelle sind bereits fertiggestellt. An einer Stelle des Schachtes, gegenüber dem Haus Brunnenstraße 106, ist hart am Rande ein Drehkran aufmontiert, mit dem die unten freigelegten Sandmassen nach oben befördert und zum Abtransport auf Lastautos geschüttelt werden. Um 16.25 Uhr, als sich der Kran in Tätigkeit befand, stürzte plötzlich die Mauer des Schachtes in einer Länge von etwa 10 Metern tragend ein. Seines Haltes beraubt, sauste der Kran und ein daneben stehendes Lastauto mit Anhänger 15 Meter in die Tiefe. Zuerst wurde Schlimmstes befürchtet. Man vermutete unter den Trümmern verunglückte Arbeiter und benachrichtigte sofort die Feuerwehr und das Rettungsaussch. Auf dem Marsch „Schachtsturz — Menschenleben in Gefahr“ eilte unter Leitung des Oberbranddirektors Gempy ein großes Aufgebot von Rettungsfahrzeugen an. Zum Glück bewahrte sich die Vermutung, daß mehrere Arbeiter verschüttet seien, nicht. Durch Namensaufruf konnte bald festgestellt werden, daß von der Besatzung niemand fehlte.

Zwar waren einige der im Tunnel Beschäftigten in große Gefahr, doch hatten sie sich, als die Holzversteifungen mit einem weithin vernehmbaren Knacken nachgaben, rechtzeitig in Sicherheit bringen können. Der Einsturz ist vermutlich durch Überlastung verursacht worden.

Die Kommunisten feierten gestern Abend den 12. Jahrestag der russischen Revolution mit einer Kundgebung im Lustgarten, die im Gegensatz zu den letzten öffentlichen Aufmärschen der Kommunisten etwas stärker besucht war. Die Veranstaltung verlief trotz der Hejreden einiger kommunistischer Redner vollkommen ruhig.



Befrage die Osram-Verkaufsstellen.

Beleuchte besser!

Licht im Haushalt schafft Ordnung.

Verwende innenmattierte

OSRAM

Lampen

Kommerzienrat als Gattenmörder. Aufseherregender Giftmord in Kulmbach.

Bayreuth, 7. November.

Am Mittwoch früh wurde die Gattin des Großindustriellen Kommerzienrat Reußhörfer in Kulmbach in ihrem Bett tot aufgefunden. Der Leiche waren die Hände zusammengebunden. Gleich am Vormittag ging eine Berichtskommission aus Bayreuth nach Kulmbach. In Kulmbach umlaufende Gerüchte, die von der Ermordung der Frau sprachen, erhielten endlich am Donnerstag nachmittags durch eine Mitteilung der Staatsanwaltschaft ihre Bestätigung. Es ist noch nicht einwandfrei festgestellt worden, welche Todesursache vorliegt, da das Ergebnis der Untersuchung noch aussteht. Es handelt sich vermutlich um Giftmord. Am Donnerstag nachmittags wurde der Gatte der Verstorbenen, Kommerzienrat Reußhörfer, unter dem Verdacht des Gattenmordes von der Staatsanwaltschaft Bayreuth verhaftet.

Reichsbahn duldet Hakenzugschmier.

Als ich, so schreibt uns ein Leser, am Sonntag nach Treptow hinausfuhr, sah ich zu meiner Ueberraschung an den Seitenmauern der Ringbahnüberführung, also auf einem der Reichsbahn gehörenden Gebiet, zwei Inschriften in riesengroßen Buchstaben. Die eine lautete: „Heraus zum deutschen Volksbegehren“ und die andere: „Noch ist die Freiheit nicht verloren“. Dahinter Hakenkreuze. Es wirkt mehr als befremdend, daß niemand von der Reichsbahn, hier doch vermutlich die Bahnhofsverwaltung Treptow, es für nötig gehalten hat, diese aufreizenden Inschriften zu beseitigen. Ich vermute, daß, wenn

es sich um sozialdemokratische Plakate oder Ausschriften handelte, sie schon längst beseitigt worden wären. Man kann aus der Tatsache, daß die Reichsbahn derartiges Geduldet, seine besonderen Schlüsse ziehen.

Delmenhorster Mordrätsel ungeklärt. Wiederaufnahmeverfahren endgültig abgelehnt.

Oldenburger, 7. November. (Eigenbericht.)

Das Oberlandesgericht in Oldenburg hat in der Affäre der Händler Lehing und Schmidt eine folgenschwere Entscheidung getroffen. Nachdem die Verteidigung von Lehing und Schmidt in achtjährigem Kampfe Beweismaterial für die Unschuld der beiden herbeigeführt hatte, ist wider Erwarten der Antrag auf Wiederaufnahme nunmehr endgültig abgelehnt worden.

Diese Entscheidung ist um so verwunderlicher, weil eine Zeugin im Beweistermin ausgesagt hat, die beiden Verurteilten am Nordtag, dem 28. November 1913 in Bremen gesehen zu haben. Wie manchem Leser erinnerlich sein wird, wurden die Händler Lehing und Schmidt am 24. Juni 1914 zu je 14 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie beschuldigt waren, am 28. November 1913 zwei Kassenboten von der Hanseatischen Zutepperei in Delmenhorst überfallen, getötet und beraubt zu haben. Trotz der ausgesagten 117 Zeugen wurden die Angeklagten auf Grund von Indizien verurteilt. Nach sieben Jahren bereits war der Zweifel der Behörden an der Schuld der Verurteilten so stark, daß man sie trotz der Schwere der Tat bedingungslos begnadigte. Seit dem Jahre 1921 haben nun Lehing und Schmidt einen wechselvollen Kampf um ihre Rehabilitierung geführt, der nun zunächst durch den unerwarteten Spruch des Oberlandesgerichts zugunsten der beiden entschieden worden ist. Eine unverständliche Entscheidung, wenn man die starken Zweifel an der Schuld dieser beiden Männer kennt.

Wintergarten.

Die große Sensation des Novemberprogramms sind die Pariser Revuesterne Geschwister Irwin; sie beginnen mit einem Tanz aus dem Jahre 1880, zeigen ihre wunderbaren Körper ziemlich hüllenlos in einem Tanz aus dem Jahre 1919 und enden mit dem Tanz von 1920. Zwischendurch sangt Jenny Steiner, u. a. eine köstliche Parodie auf Josefina Baler, die schokoladenbraune Venus. Von den beiden schönen Schwestern über geht ein unbeschreiblicher Zauber aus, dem sich niemand entziehen kann. — Und dann kommt Ilse Bois mit einer glänzenden Parodie: „Variété, Variété!“ von Kurt Kobitschek. Leider vergißt sie sich und muß schließlich über sich selber lachen, aber das gutgelante Publikum lacht mit. — Die Frig-Klein-Familie führt atemberaubende Kunststücke hoch unter dem sternensplendenden Dach des Hauses aus. — Die drei Cressos, die ihre Akrobatik „Rur die Küche“ nennen, zeigen ihre schwierigen Sachen im Zeitlupelement. — Ueber die Dame mit der Raske plaudert das Programm allerlei Geheimnisse. Wie dem auch sei, die Geheimnisse sind sehr schön und sie singt sehr schön. — Sylvia Dell führt den großartigen Imitator Latell als urtomischen Bongo vor. — Mit ganz neuen Späßen unterhalten die Cavallini-Clowns. — Die Wunderzwerge Paul Remos sind von ihrer Amerikareise zurückgekehrt und sind wieder das, was sie schon früher waren, bewunderungswürdige kleine Menschen von großem Können. — Arcanos moderne Mystik

verblüfft trotz allem, was man nun schon kennt. — Die famosen Strahemusikanten Duna und Gena und der flotte mexikanische Akt der Jackson Co. sollen nicht unerwähnt bleiben. Am ganzen wieder ein buntes abwechslungsreiches Programm, das eine außerordentliche artistische Höhe zeigt und sehr flott abgewickelt wird.

Greisin hilflos verbrannt.

Am Donnerstag nachmittags ereignete sich im Hause Sübeler Straße 38 ein schweres Brandunglück, bei dem eine 72jährige Frau Elisabeth Thiele den Tod fand. Mieter bemerkten auf dem Treppentritt starken Brandgeruch, der aus der Wohnung der Greisin, die dort eine Kochküche innehat, drang. Da auf Klappen niemand öffnete, wurde die Feuerwehr alarmiert, die sich gewaltsam Einlaß verschaffte. Die eindringenden Beamten fanden die Greisin in der brennenden Küche tot auf. Offenbar hat sie beim Hantieren mit Streichhölzern einen Schwächeanfall erlitten, wobei ihre Kleider Feuer fingen.

Siebentes Todesopfer der Flugzeugkatastrophe.

Der bei der Katastrophe des Flugzeuges „D 903“ schwerverletzte Prinz Eugen von Schaumburg-Dippe ist, wie aus London mitgeteilt wird, am Donnerstag gestorben. Damit erhöht sich die Zahl der Opfer des Unglücks von Warden auf sieben. Der jetzt Verstorbene hatte erst vor kurzem auf dem Tempelhofer Feld sich mit Erfolg als Kunstflieger vorgestellt.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

18. Abt. und Hauptverpflichteter der Straßenschnellverkehr, 8. Unter unerwählter, treuer und tüchtiger Kämpfer unserer Partei, Genosse Hermann Ruppert, ist uns am 5. November früh durch den Tod entrissen. Wir werden sein Andenken stets hoch in Ehren halten! Einäscherung am Montag, 11. November, 18 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße. Wir bitten um rechte Teilnahme.

20. Abt. Am 3. November verstarb unser Genosse Heinrich Klingenberg, 45. Jahre, ohne seinem Andenken! Einäscherung am Sonntag, 9. November, 19½ Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße. Wir bitten um rechte Teilnahme.

21. Abt. Am Montag, 4. November, verstarb plötzlich unser treuer Genosse Otto Schein, 26. Jahre, ohne seinem Andenken! Die Einäscherung fand bereits am Donnerstag statt.

22. Abt. Tempelhofer. Unser Genosse, der Lokomotivführer Max Wächter, 56. Jahre, ist verstorben. Ohne seinem Andenken! Einäscherung heute, Freitag, 8. November, 18½ Uhr, im Krematorium Baumkühlweg. Reine Teilnahme wird erwartet.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.). Stark wolkig bis trübe mit einzelnen leichten Regenschauern. Im ganzen etwas milder. — Für Deutschland: Im Süden und Südosten meist trocken und teils heiter, teils neblig. Im übrigen Reichsgebiet Übergang zu stark wolkigem bis trübem Wetter und besonders an der Küste vielfach leichte Regenschauer.

Gewaltigkeit ist's doppelte Leben! Jeder sollte daran denken und sich's in seinen Mühestunden so angenehm wie möglich machen. Es gibt dabei keinen treueren Helfer als ein Gramola-Musikinstrument. Es kennt keine Stimmungen, immer ist's auf aufgelegt. Gerade jetzt ist die beste Zeit, um an die Anschaffung heranzutreten. Lassen Sie sich in einer offiziellen Verkaufsstelle der Deutschen Gramophon-Aktiengesellschaft — „Die Stimme seines Herrn“ — einmal Gramola-Apparate ganz unverbindlich vorspielen, am besten gleich mit einigen Aufnahmen aus den lebenden erdlichenen Antropen „Jaz und Rummern“ oder „Länkel und Grete“.

Verantwortlich für Vollst.: Dr. Curt Geyer; Wirtschaftl.: G. Klingelböfer; Gemeindefortschreibung: J. Steiner; Redaktions: R. S. Böcher; Solos und Entwürfe: Fritz Karkötter; Anzeigen: Th. Glöckler; Familien in Berlin: Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H. Berlin; Druck: Fortschritt-Verlag; und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 23, Lindenstraße 8; Diegu 3 Beilagen, „Unterhaltung und Wissen“ und „Stadtbeilage“.

Funkwinkel.

„Persönliche Erinnerungen an Arno Holz“ schilderte Dr. Franz Servaes. Er war mit dem Dichter weniger als mit dem Menschen Arno Holz bekannt — und nur von diesem Menschen konnte er daher sprechen. Man empfing ein lebendiges Bild von dem genialen kindlichen Menschen — aber keinen Eindruck von seiner wirklichen Bedeutung. Deshalb sprach Dr. Servaes eigentlich nur für die, denen das Werk des Dichters vertraut ist und denen solche persönlichen Schilderungen eine willkommene Ergänzung sind. Die große, abendfüllende Arno-Holz-Feier, die diesem übertragenden Dichter gewährt, ist uns die Berliner Funkstunde bis heute schuldig geblieben. Hoffentlich holt sie das Versehen bald nach. — „Tiroler Volkskunst“ war eine irreführende Bezeichnung für die Abendveranstaltung; denn durchaus nicht alle Dichtungen trugen echt volkstümlichen Charakter, und das Turl-Danchofer-Gesangsensemble war — glücklicherweise — stimmlich recht geschult. Es verfügt in Rühle Danchofer über eine Sopranistin, die nicht nur eine prächtige Stimme, sondern auch musikalisches Temperament und Humor besitzt. Ueberhaupt trug die ganze Veranstaltung den Stempel echter Heiterkeit. — Wilhelm v. Scholz las aus seinem Roman „Der Weg nach Siof“. Man konnte aus diesem Bruchstück indessen nur einen unbestimmten Eindruck von den Menschen und der Gestaltung der Handlung empfangen. — Verköndet und anschaulich schilderte Robert Pechow „Die Wunder einer Freilichtballonfahrt“.

Der Unterschied bei C & A

Einerlei, ob Sie einen einfachen Mantel bei uns kaufen oder einen für den anspruchsvollen oder gar verwöhnten Geschmack — ob in einer niedrigen oder höheren Preislage — jeder Mantel ist billig

Und in jedem Falle bekommen Sie für Ihr Geld einen besseren Mantel, als Sie wahrscheinlich angenommen haben.

Nutzen auch Sie für sich unsere niedrigen Preise aus. — Seien auch Sie von jetzt an immer gut gekleidet —



Der solide Winter-Ulster

19⁰⁰

In moderner Form aus guter durchgewebter Ware; mit breiten Stoffbelegen halt verarbeit.



angewebte kunstseidenes Steppfutter Rückseite

39⁵⁰

sind vollwertige Merkmale des eleganten Ulsters in hübschem Modemodus - Muster



reine Wolle auf Kunstseide gesteppt elegante Verarbeitung

69⁵⁰

diese hervorragenden Eigenschaften für Qualität sind typisch für den vornehmen Ulster

GEHEN

SIE ZU
Königstr. 33 Chausseestr. 113
Am Bhl. Alexanderplatz Beim Stettiner Bahnhof

C & A
BRENNINKMEYER

Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Freitag zur Verfügung! — Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Banffusionen in Amerika.

Riesenschritte in der Konzentration des USA.-Finanzkapitals.

Seit Monaten folgt in den Vereinigten Staaten eine Bankenverschmelzung der anderen, und es ist nicht abzusehen, wann diese Entwicklung einen Abschluß erreichen wird. Allein im ersten Halbjahr 1929 wurden von dieser Entwicklung mehr als 130 Banken betroffen, die über fast ein Drittel des Vermögens sämtlicher Banken der Vereinigten Staaten verfügen.

Diese fortgesetzten Verschmelzungen müssen bei der international führenden Rolle des amerikanischen Finanzkapitals auch außerhalb der Vereinigten Staaten aufmerksam beachtet werden. Schon jetzt sind dort, gefördert durch diese Fusionen, Bankinstitute entstanden, deren Eigenkapital

bei weitem das Kapital der berühmten englischen „Big Five“

(Große Fünf) übersteigt, d. h. derjenigen Banken, die vor dem Kriege als finanzielle Zentren der Welt galten. Ende Juni 1929 betrug das Eigenkapital (Aktienkapital und Reserven) dieser „Big Five“ 2,37 Milliarden Mark, während allein die drei größten Banken der Vereinigten Staaten ein Eigenkapital von 3,18 Milliarden Mark aufweisen konnten. Nun richtet sich aber die Finanzierungsstrategie der Banken nicht nur nach dem Eigenkapital, sondern auch nach dem Fremdkapital, also demjenigen Summen, die das Kapitalistenpublikum der Bank in Form von Depositionen usw. zur Verfügung stellt. In dieser Hinsicht stehen die drei größten Banken Englands auch heute noch mit unerreicht hohen Ziffern an der Spitze aller Banken der Erde. So betragen z. B. die Kreditoren der englischen Midland Bank Ende Juni 7,73 Milliarden und die der Bonds Bank 7,15 Milliarden Mark, während in den Vereinigten Staaten die National City Bank of New York mit 6,18 Milliarden Mark an der Spitze stand.

Diese wichtige Tatsache, d. h. die im Verhältnis zum Eigenkapital geringe Höhe der Kreditoren, ist charakteristisch für die gegenwärtige Lage der amerikanischen Banken. Ursache hierfür sind Verschaffung und Gesetzgebung in USA. Bis vor zwei Jahren war es den Banken allgemein unterstellt, außerhalb des betreffenden Staates, in dem sie ihren Sitz haben, Zweigbetriebe zu unterhalten, und in 26 Staaten von den 46, die insgesamt die Vereinigten Staaten bilden, ist auch heute noch der Filialbetrieb ganz oder größtenteils unmöglich gemacht.

Das in USA. fehlende Filialsystem

bedeutet eine Einschränkung für die großen Banken, diejenigen Summen fremder Gelder an sich zu ziehen, die sie für ihr immer weiter wachsendes Finanzierungsgeschäft auf industriellen und kommerziellen Gebiet brauchen.

Aus den immer noch bestehenden starken Einschränkungen des Filialsystems folgt, daß das Interesse insbesondere der größeren Banken, diese Hemmungen durch Übernahme anderer Banken teilweise zu überwinden, auch weiterhin anhält.

Die Vereinigten Staaten gehen mit großen Schritten einem ganz neuen System der Organisierung der Banken entgegen. Alle kleinen Bankorganisationen werden verschwinden und ersetzt werden durch mächtige Kombinationen, von denen jede mehrere der bestehenden großen Banken umfaßt.

Diese Sätze stammen von W. A. Taylor, dem Präsidenten der First National Bank of Chicago, der seit einigen Wochen in Baden-Baden als amerikanischer Delegierter für den Organisationsausschuß der Reparationsbank weilt. Nur nebenbei sei erwähnt, daß diese Bank ebenfalls durch eine Reihe Fusionen sich zur zweitgrößten Bank Chicagos und zur neungrößten der Vereinigten Staaten gemacht hat. Ähnlich wie Taylor erklärte in der letzten Oktoberwoche Charles E. Mitchell, der Präsident der National City Bank, daß er nicht glaube, daß die Bankfusionen in New York und im übrigen Amerika beendet sind.

Der Unterschied zwischen dem Grad der deutschen und der amerikanischen Bankenzentralisierung geht anschaulich aus folgender Gegenüberstellung hervor. In Deutschland verfügt die mit der Disconto-Gesellschaft verschmolzene Deutsche Bank über fast 30 Prozent der Einlagen aller 101 Aktienbanken. Dagegen die in den Vereinigten Staaten über die höchste Depositionssumme verfügt, ist die National City Bank mit 1,7 Milliarden Dollar, was 3 bis 4 Prozent der amerikanischen Gesamtsumme ausmacht. Am 31. Dezember 1928 bezifferte sich das Gesamtvermögen aller amerikanischen Banken auf 30,59

Milliarden Dollar (rund 130 Milliarden Mark); es verteilte sich auf 7633 Banken.

Einige USA.-Bankreihen als Beispiel.

An der Spitze steht die National City Bank, die 1929 zwei große Banken übernahm: die Farmers Loan u. Trust Co. und die Corn Exchange Bank. Ihre gesamten Vermögenswerte belaufen sich gegenwärtig auf 2,36 Milliarden Dollar. Die eigenen Kapitalmittel (Aktienkapital und Reserve) beziffern sich auf 270,14 Millionen Dollar, d. h. auf das Drei- bis Vierfache des Eigenkapitals der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft.

An zweiter Stelle hinsichtlich des Gesamtvermögens steht die dem Haus J. P. Morgan u. Co. nachstehende Guaranty Trust Co., deren Eigenkapital (Ende Juli 285 Millionen Dollar) das der National City Bank sogar noch etwas übersteigt. Im Frühjahr dieses Jahres wurde sie mit der National Bank of Commerce zusammengeschlossen, einem ebenfalls mit J. P. Morgan eng verbundenen Bankhaus. Mitte Oktober wurde bekannt, daß John Pierpont Morgan ein noch viel weitergehendes Fusionsprojekt vorbereitet: eine Verschmelzung der Guaranty Trust Co. mit der Bankers Trust Co. und der First National Bank. Sollte die Fusion dieser Banken, an denen sämtlich J. P. Morgan stark interessiert ist, zustandekommen, so würde ein Bankriesen entstehen, der ein Eigenkapital von fast 400 Millionen Dollar (1,7 Milliarden Mark) und Einlagen in Höhe von etwa 8 1/2 Milliarden Mark haben würde. Dies wäre dann in jeder Hinsicht die größte Bank der Welt.

Die dritte Stelle nimmt die Chase National Bank ein, die vor einigen Monaten die National Park Bank übernahm. Ende August verfügte sie über 242 Millionen Dollar Eigenkapital und 1,06 Milliarden Dollar Depositionen.

Die Aktion der Städte.

Unternehmer wollen Sparsamkeit — aber keinen Verzicht auf Aufträge.

Wie gemeldet wird, hat auch der Reichsstädtebund für die ihm angeschlossenen 1350 Mittel- und Kleinstädte sich der Umschuldungsaktion der Städte anzuschließen beschlossen. Bei den Mittel- und Kleinstädten lägen die Dinge infolgedessen anders als bei den Großstädten, als Fälle besonders hoher Verschuldung fehlten.

Zu der Verschuldung der deutschen Städte gibt die „Frankfurter Zeitung“ einige neue Ziffern. Danach betragen die kurzfristigen Verbindlichkeiten der Kommunen bei Girozentralen und Sparkassen insgesamt 1,35 Milliarden, wovon der größte Teil, rund 850 Millionen, auf die Girozentrale entfallen. Am 30. Juni 1929 seien noch 9,57 Milliarden Spar- und Giroeinlagen der Sparkassen im Reich 1,1 Milliarden oder 11,5 Proz. auf den lang- und kurzfristigen Kommunalkredit zu rechnen. Die 25prozentige Grenze sei im Durchschnitt ebenfalls längst nicht erreicht.

Die von uns kürzlich ausführlich gewürdigte Spar- und Umschuldungsaktion der deutschen Städte hat bei den deutschen Unternehmern, die bisher nicht genug nach größerer Sparsamkeit bei Staat und Kommune schreien konnten, sehr gemischte Gefühle ausgelöst. Besonders interessant ist eine Eingabe des örtlichen Bezirksvereins des Reichsverbandes des deutschen Tiefbaugewerbes an den Magistrat der Stadt Berlin, die sich gegen den Sparerlass des Berliner Kämmereis richtet, nur noch die dringendsten Bauten fortzuführen und Neubauten überhaupt nicht mehr in Angriff zu nehmen. Die Unternehmer beklagen sich über die große Unruhe, die dieser Erlass bei den Bauunternehmern hervorgerufen habe, und weiter darüber, daß man die beteiligten Wirtschaftskreise nicht vorher gehört habe. Das freie Unternehmertum sei ein ebenso schutzwürdiger und schutzbedürftiger Beruf wie jeder andere!

Vor Tisch hat man es anders gehört. Jetzt, wo die ersten Auswirkungen der durch die Politik der Unternehmerparteien und durch die Unternehmerpresse den Kommunen ausgezwungenen Sparsamkeit in Erscheinung treten, da ist der Hammer über die ausfallenden Aufträge sehr groß. Die einfache Arbeiterweisheit, daß man nicht gleichzeitig Ausgaben verringern und doch wie bisher Aufträge erteilen kann, hätten die deutschen Unternehmer früher begreifen müssen.

Parallell zu den Fusionen geht, soweit zugelassen, der Ausbau des Filialsystems vor sich. 1900 gab es insgesamt erst 60 Bankfilialen, 1905 schon 166, 1928 dagegen 2989 Filialen — trotz der in den Jahren 1916, 1922 und 1926 angenommenen sehr scharfen Resolutionen der American Bankers Association (amerikanischer Bankertag) gegen diese Entwicklung.

Was bedeutet diese Konzentration des amerikanischen Finanzkapitals?

Sie bedeutet erstens innerhalb der Vereinigten Staaten eine stärkere Front des privaten Bankkapitals gegenüber dem Federal Reserve Board und den Federal Reserve-Banken, einer Einrichtung, die etwa der Deutschen Reichsbank entspricht. Zweitens verschaffen sie einen stärkeren Einfluß der Banken auf das Industriekapital. Drittens vergrößern sie die Machtstellung des New-Yorker Kapitalmarktes dem Ausland gegenüber; sie lassen finanzielle Zentren entstehen, die im Laufe der Jahre auf die übrige Welt wie Magnete wirken müssen.

Nach dem Stand der Dinge ist eine weitere Konzentration unabwendbar. Nicht weniger als 5000 Banken sind im Laufe der letzten sieben Jahre in den Vereinigten Staaten zusammengebrochen. Zwar sind gleichzeitig wieder unzählige neue Institute entstanden, aber die ganz ungewöhnlich hohe Ziffer der Zusammenbrüche zeugt von der Unfähigkeit der kleinen Banken, ihre Aufgabe mit eigenen Mitteln zu erfüllen. Der Boden für neue Fusionen und für die Bildung jener „mächtigen Kombinationen, die alle kleinen Bankorganisationen ersetzen“, ist überreif.

Die jetzige Börsenkrise wird erahrungsgemäß diese Entwicklung noch beschleunigen. Denn während die meisten Großbanken schon seit den Sommermonaten sich aus der Aktien Spekulation mit gutem Gewinn zurückgezogen haben, sind es in der Hauptsache die kleinen Banken, auf die die große Welle der Börsenverluste sich konzentriert. Bisher gab es kaum eine Krise in den Vereinigten Staaten, aus der die Großbanken und die großen Emittentenhäuser nicht mit erhöhter Machtstellung hervorgegangen wären.

Die Hand an der Gurgel.

Privatisierung der öffentlichen Werke oder Finanzsperr.

Der Kampf des deutschen Privatkapitals gegen die öffentlichen Werke geht weiter. Die „D. N. Z.“ veröffentlicht einen Artikel „von Finanzseite“, der unter dem Titel „Privatisierung“ ganz deutlich ausspricht, daß die deutschen Banken nur dann bereit seien, die Befriedigung des Kapitalbedarfs der öffentlichen Werke zu fördern wenn die öffentlichen Werke wenigstens dazu bereit sind, sich in gemischtwirtschaftliche Gesellschaften unter Beteiligung der Privatwirtschaft überführen zu lassen. Ganz klar wird in dem Artikel ausgesprochen, daß das Angriffsziel der Privatwirtschaft die Gesamtheit der öffentlichen Gas-, Elektrizitäts- und Verkehrs-gesellschaften ist.

In völliger Verdrehung der Tatsachen wird behauptet, daß die dauernden Ansprüche der öffentlichen Hand und der öffentlichen Werke an den Kapitalmarkt den Verfall des öffentlichen Ansehens herbeiführen würden. Die Rettung der Privatkapitalisten im Inland und im Ausland, auch an den zukünftigen Erträgen öffentlicher Werke über die Anteilbesitzer hinaus beteiligt zu werden, müsse zu einem mitbestimmenden Faktor bei der zukünftigen Gestaltung des Schicksals der öffentlichen Werke werden. Die Umwandlung der Regieunternehmungen in öffentliche Aktienunternehmungen könne nicht genügen, es sei ein grundsätzlicher Wandel erforderlich, da bei dieser Umwandlung die öffentliche Hand in der Regel ja doch hundertprozentiger Eigentümer der Substanz bleibe.

Hier wird erkennbar, daß es dem deutschen Privatkapital, insbesondere den deutschen Banken, nur darauf ankommt, durch die mindestens teilweise Eroberung der öffentlichen Werke sich neue Profitchancen auf Kosten der Allgemeinheit zu sichern. Aber auch die Bedingungen, unter denen das Privatkapital eventuell den Kapitalbedarf der öffentlichen Werke zu befriedigen geneigt sein würde, werden genannt. Mindestens soll die Anlehnung an bestehende gemischtwirtschaftliche Unternehmungen oder die Überführung in solche Unternehmungen garantiert werden. Wirtschaft und Finanz müssen in ausreichender Weise im Aufsichtsrat vertreten sein.

Hier hat man endlich das Programm, nach dem das deutsche

Militäraufträge Übersicht man nur dem Katalog des Deutschen Rüstwerksverbandes, Berlin, Sonnenbühlstr. 63-64. Telefon 2277-78. Betriebszeit 9-5; Sonntags 10-3 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch.

Länder- und Städtewappen aller Erdteile in Gold- und Silberdruck. Die FREUDE des KURMARK-RAUCHERS.



findet hier ein treffend Wort. **Der Sportsmann:**

An Steuer meines Wagens kämpfe ich für den Erbbau meines Landes und Fabrikats. Letzte Nervenanspannung vor dem Stog! Nur Cigaretten ausgeglichener Geschmackwirkung geben mir mit der kühlen Besonnenheit die ruhige Hand und den sicheren Blick.

So schafft den positiven Genuss

KURMARK Die Cigarette der neuen Epoche!

Als Repräsentationspackung für Geschenke und Feste, den Rauch- und Schreibstisch laden Sie KURMARK-PRIVATPACKUNG (ohne Preisaufschlag)

Privatkapital verfährt. In seinem Auftrage legen die deutschen Banken den öffentlichen Werten die Hand an die Gurgel. Die Parole heißt: entweder Kapitalisieren oder auf die Kapitalbeschaffung verzichten. Dieser würdelose Kampf mit silbernen Äugeln in einem Augenblick, wo die Lage auf den Kapitalmärkten die öffentlichen Werte zunächst bewegungsunfähig macht, sehr trübselig, das heißt, daß Volk, Regierungen und Parlamente gegenüber dem brutalen Zugriff des Finanzkapitals waffenlos sind. Das deutsche Privatkapital soll sich aber nicht irren. Die erste Antwort wird es am 17. November erhalten. Ob darüber hinaus nicht der Notstand der öffentlichen Werte auch die Schaffung eines Nationalrechtes rechtfertigt, das wird sich noch zeigen.

Bergarbeiter und Polenvertrag. Das Kohlenkontingent.

Der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands und der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter haben ein Schreiben an den Führer der deutschen Handelsdelegation in Warschau, den Gesandten Kaufner, gerichtet, das sich mit dem Kohleneinfuhrkontingent in Höhe von 350 000 Tonnen pro Monat beschäftigt. In dem Schreiben heißt es wörtlich:

„Als besonders erschwerend sehen wir die offenbar von polnischer Seite verlangte Soldierung des deutsch-polnischen Kohlenverkehrs an, wodurch das genannte Kohlenkontingent unter Umständen sehr beträchtlich erweitert werden würde. Wir möchten von der Aufnahme einer sich derartig auswirkenden Soldkaufel in dem Vertragsentwurf dringend abraten. Auch bitten wir zu erwägen, in welcher Weise die aus dem Hereinströmen polnischer Kohle nach Deutschland zu befürchtenden Preiskämpfe ausgeschlossen werden können. Wir haben immer wieder die Erfahrung machen müssen, daß bei solchen unregelmäßigen Wettbewerbskämpfen die Bergarbeiter die Leidtragenden sind.“ Die Darstellung schließt mit dem Hinweis darauf, daß die Bergarbeiterchaft immer wieder gegenüber Hilferufen ihre Bereitschaft, dem Volkswohl zu dienen, durch die Tat bezeugt habe, sofern diese Hilferufe volkswirtschaftlich und nationalpolitisch gerechtfertigt waren. Eine solche

Rechtfertigung könne aber für ein polnisches Kohleneinfuhrkontingent in einer Höhe von 350 000 Tonnen pro Monat nicht als gegeben betrachtet werden.“ Deshalb wird der deutsche Delegationsführer gebeten, auf eine erhebliche Minderung der aus dem Kontingent zu erwartenden Belastung der deutschen Bergarbeiter hinzuwirken zu wollen.“

Wir haben bereits anlässlich der Rundgebung der Waldenburger Bergarbeiter darauf hingewiesen, daß dem Kohlenkontingent seine gefährliche Auswirkung besonders für die schlesischen Arbeitsmärkte genommen und eine Verteilung über sämtliche deutsche Kreise vorgenommen werden muß. Das gleiche gilt hinsichtlich der Preisfrage. Durch eine Ausgleichsrechnung darf auch das Kohlenkontingent unter keinen Umständen vergrößert werden. Es wäre angebracht, die Führer der deutschen Bergarbeiter über die Pläne der deutschen Delegation zu unterrichten und sie zu den Verhandlungen hinzuzuziehen.

Konjunktur und Arbeitseinkommen.

Nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung darf man für das dritte Vierteljahr 1929 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres eine Zunahme des Arbeitseinkommens in Deutschland von 0,3 Milliarden Mark annehmen, obwohl die Arbeitslosigkeit größer war als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zunahme erklärt sich nicht aus einer entsprechenden Steigerung des Einkommens pro Kopf, sondern aus der an sich stärker als die Arbeitslosigkeit gestiegenen Zahl der erwerbstätigen Gewordenen. In der Regel erreicht das Arbeitseinkommen gegen das Ende des dritten Quartals sein Jahresmaximum. Der Konjunkturrückgang in den letzten Monaten hat aber dazu geführt, daß die erwartete saisonmäßige Steigerung des Arbeitseinkommens geringer als normal geblieben ist.

Bilanz der Deutschen Beamtenbank.

Wir haben früher schon an anderer Stelle dieses Blattes darauf hingewiesen, daß die von der jetzigen Leitung der Bank für Deutsche Beamte veröffentlichte Vermögensübersicht zu günstig aufgemacht sei. Dafür gibt der sehr große Posten von 4,5 Millionen Mark ein Beispiel, den die Bank für Deutsche Beamte

gegenüber dem Michael-Konzern als Forderung in die Bilanz eingesetzt hat. Diese 4,5 Millionen setzen sich zusammen aus einem in zehn Jahren fälligen Betrag von 1 Million Mark, der mit 10 Proz. zu verzinsen ist, einer Summe von einer halben Million, die mit 7 Proz. zu verzinsen ist und einer Forderung von 4,2 Millionen, die während 35 Jahren in Monatsraten von 10 000 Mark abzudecken ist. Der Gegenwartswert der Gesamtforderung beläuft sich auf etwas mehr als 1 1/2 Millionen Mark. Dennoch wurden 4,5 Millionen Mark in die Bilanz eingesetzt; eine absolut zu hohe Bewertung. Außerdem hat sich der Michael-Konzern vorbehalten, daß er seine auf eine Million Mark zu veranschlagende Haftung als Genossenschaftler von seiner Schuld in Abzug bringen darf, wenn die Haftung gegen ihn geltend gemacht wird, was bei der Liquidation wahrscheinlich ist.

Gutes Geschäft in der elektro-medizinischen Apparateindustrie. Obwohl der Reingewinn bei den elektro-medizinischen Apparatebauunternehmen Reinger, Gebbert und Schall in Erlangen gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung um 25 Proz. aufweist, bleibt die Dividende mit 7 Proz. unverändert. Die Gesellschaft hält, wie schon seit Jahren, an ihrer vorsichtigen Politik fest, einen größeren Restbeitrag des Reingewinns für Betriebszwecke flüssig zu halten. So werden auch diesmal wieder 212 000 M. die einer Dividende von 3 Proz. entsprechen, auf neue Gewinnrechnung vorgetragen. Nach dem Geschäftsbericht waren die Werke im abgelaufenen Betriebsjahr durchweg voll beschäftigt. Bemerkenswert ist, daß infolge der Rationalisierung und der durchgeführten planmäßigen Arbeitsvorbereitung die Rohmaterialien von 0,39 auf 0,23 Millionen Mark wesentlich gesenkt und auch die Halb- und Fertigfabrikate von 1,18 auf 0,91 Millionen Mark verringert werden konnten. Dementsprechend hat auch die Anspannung bei den Finanzen merklich nachgelassen. Die Forderungen haben sich mit rund 4,2 Millionen Mark verdoppelt, während die Schulden von 3,2 auf 4,6 Millionen Mark nur um 40 Proz. gestiegen sind.

Die Palästina-Rail-Gesellschaft gegründet. Um die Ausbeutung der Kalischöhe des Toten Meeres ging seit vielen Jahren ein harter Kampf der interessierten Finanzmächte. Jetzt ist in London zur Bewertung der seinerzeit erteilten Konzession die Palästina Potash Company mit einem Aktienkapital von 400 000 Pfund Sterling oder rund 8 Millionen Mark gegründet worden.

Sonntag 11³⁰
TELEFUNKEN-MATINÉE IM GR. SCHAUSPIELHAUS
Matinée am 10. November
Russische Musik
Glazunoff-Quartett / Eugen Mossakowsky (Bariton)
Werke von Tschalkowsky, Rubinstein, Borodin u. a.
Vorverkauf: Bote & Bock, Wertheim und Großes Schauspielhaus
KARTEN 0,50-1,50 RM.

KONSUM
GENOSSENSCHAFT BERLIN U. UMGEGEND E. G. M. B. H.

Kaffee billiger!

- Kaffee I Costarica-Mexiko-Guatemala-Mischung . . 1/4 Pfund **95 Pf.**
- Kaffee II Mexiko-Santos-Mischung 1/4 Pfund **80 Pf.**
- Kaffee III Mexiko-Santos-Mischung 1/4 Pfund **75 Pf.**
- Kaffee IV Santos-Mischung 1/4 Pfund **60 Pf.**
- KG-Mischung mit 20 Proz. reinem Bohnenkaffee 1/2 Pfund **40 Pf.**
- Gebrannte Gerste 1/2 Pfund **14 Pf.**



- GEG-Malzkaffee (Gerste) . . 1/2 Pfund **26 Pf.** 1/1 Pfund **50 Pf.**
- GEG-Kornkaffee (Roggen) . . 1/2 Pfund **26 Pf.** 1/1 Pfund **50 Pf.**
- GEG-Konsum-Korn gemahlen 1/2 Pfund **28 Pf.** 1/1 Pfund **55 Pf.**
- GEG-Kaffeegewürz In Paketen je **35 Pf.**
- GEG-Kaffee-Zusatz-Essenz 1/4-Pfund-Dose **45 Pf.**

Die Abgabe der Waren erfolgt in der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend nur an Mitglieder
Die Mitgliedschaft kann von jedermann erworben werden.



Aufnahmegebühr 50 Pfennig
Mitglieder-Aufnahme werden in sämtlichen Abgabestellen der Konsum-Genossenschaft Berlin vollzogen.

BS WINTERKLEIDUNG
individuell wie nach Maß!

BS das Zeichen
für großzügige Leistungen in Qualität, Verarbeitung, Formenschönheit und Billigkeit

Gute Wintermäntel und Pelze

ULSTER	120.-	100.-	42.-
	75.-	55.-	
PALETOTS	135.-	110.-	45.-
	90.-	70.-	
GEHELPELZE	395.-	295.-	185.-
	240.-		
SPORTPELZE	350.-	275.-	145.-
	225.-	175.-	

Verlangen Sie kostenlos unseren neuesten Katalog

BAER SOHN
A. G.
BERLIN N 4
Chausseestr. 29/30
Untergrund: Stettiner Bahnhof

Heinrich Hemmer: Tiergrotesken

Die unverwüßliche Kobra.

Bei Ausflügen auf Singapur, das bekanntermaßen eine Insel ist, führen wir stets zwei Schmetterlingsnetze mit: ein kleines und ein solches großes für die Baumschmetterlinge, handgroße, grün-gelblich-schillernde, geschwänzte Riesenfalter. Eines Tages, als wir mit diesen Netzen und den erlegten Schmetterlingen nach dem 10. Meilenstein zuschritten, um dort mit dem Zug nach der Stadt zurückzufahren, sahen wir plötzlich dicht vor uns ein schwarzes Biest von einer Kobra. Der Biss der Kobra ist unbedingt tödlich; andererseits ist die Kobra, muskelsam in ein Glas Spiritus eingeklebt, ein gut bezahlter Exportartikel.

Die Schlange richtete sich sofort zum Angriff auf, ihr Kopf schwoh an und wurde dreieckig. Mein Jagdgenosse, der den jetzt so gangbaren Namen Charlie führt, warf, um den giftigen Kopf fernzuhalten, der Schlange das solide große Schmetterlingsnetz über. Die Kobra, in ihrer Wut, schoß mit dem Kopf vor und verstrickte sich in das Netz. Rasch setzte ihr Charlie die Eisenspitze des Stodes auf den Rücken. Und ich goß fast eine ganze Flasche Chloroform in den sich öffnenden Rücken. Langsam legt sich der Kopf seitwärts: die Schlange rührt sich nicht mehr. Gut, denke ich, es ist aus und geschehen mit ihr. Freund Charlie nimmt das tote Vieh und ringelt es in einer Reservopappschale ein. Wir hasten nach der Haltestelle und haben das große Glück, den Zug noch zu erreichen.

Nachdem wir eine Viertelstunde gefahren sind... „Du, das Luder beginnt sich zu rühren“, sagte Charlie der Schmetterlingsfänger, „hast du noch etwas Chloroform?“ Die Kobra hatte eine halbe Flasche voll verschluckt: es war kaum noch etwas übrig. Mein Begleiter nimmt die Schlange aus der Schachtel. (Große Emotion im Abteil.) Die Nerven des Tieres beginnen zu arbeiten.

Plötzlich zuckt die Schlange und ihr Kopf kommt, Charlies Hand mitreißend, meinem Gesicht graulich nahe. Es hätte nicht viel gefehlt und es wäre aus gewesen mit mir und meinen Feuilletons. Die letzten zehn Minuten fuhr Charlie mit ausgestreckter Hand, die Schlange fernhaltend von sich und von mir. Die Mitreisenden waren auf die Gepäckregale geflüchtet oder hingen von den Treibrettern herab. Als wir ausstiegen, leerzte sich der Herron.

Entsetzt verbleibend führten wir mit unseren Stammtisch durch die Stadt. Zu Hause angekommen, ließ Charlie die Kobra mit dem Schwanz voran in eine mit Spiritus gefüllte sogenannte Stopfleh, eine Flasche mit schwerem Glasdeckel, sinken, tiefer und tiefer. Die Schlange peitschte herum, bis der Deckel über ihr geklopfen wurde, dann stieß sie dagegen. Kaum stand die Flasche auf dem Schränkchen bei den ausgeplehten Faltern, da gab es einen Knack. Die Kobra, eine starke Alkoholikerin, war ganz ausgeblüht und hatte die dicke Flasche gesprengt. Wir rissen aus: weiß man, was eine betrunkene Kobra zu tun imstande ist? Indes blieb es bei einem Sprung im Glas. Die Kobra starb an Alkoholergüßung und liegt jetzt korrekt zusammengerollt in irgendeinem Museum zur allgemeinen Besichtigung.

„Kiel mal an“, sagt der Bait zu seinem Frige, „bet ts-ne Kobra.“ Bei Gott: und was für eine!

Der Affe, das Baby und ich.

„Das ist ein nettes Baby“, sagte ich zu dem würdevollen Hindu-genossen, der in schneeweißem Baumwollanzug mir gegenüber saß in der Zahnradbahn von Matheran herunter. Das Baby

strampelte mit seinen schokoladefarbenen Beinchen, daran die Silber-spongen Klärten, trümmte die große mit einem Ring gezielte Zehe und zapfte an dem rosaroten Schleier, der um Taille und Schulter der schon mädchenhaften Figur gewickelt war.

„Wenn Sie wüßten, was mir das Mädchen schon für Sorgen gemacht hat“, sagte der Hindu mit einem Seufzer.

„War die Kleine krank?“
„Rein, sie war mir gestohlen worden!“
„Von Zigeunern, von Räubern?“
„Rein, von den Affen.“
„Wie ist das möglich?“ fragte ich erstaunt.

„Das will ich Ihnen sagen. — Wir haben ein Bungalow, in Matheran oben, dort verbringen wir die heißesten Tage, denn wir Ander leiden ja auch unter der Hitze. Das Sommerhäuschen: das Bungalow ist gut verschließbar und bleibt meistens verschlossen, wie alle Matheraner Bungalows, wegen der vielen Affen. Matheran ist voll von Affen. Es gibt in Matheran hundertmal soviel Affen wie Einwohner. Die Affen stehlen Lebensmittel, Juwelen, alles Glitzernde, und besonders gern Kinder nehmen sie weg, und laufen damit auf die Bäume hinauf.“

„Wollen Sie mir sagen, daß die Affen dieses Kind auf einen Baum getragen haben?“

„Jawohl. Eine Affin hat sie entführt. Die Affinnen sind sehr kinderlieb. Die kleine Barbati, damals kaum zwei Jahre alt, spielte im Garten. Die Aha, die Amme, hatte sich einen Augenblick entfernt. Als sie zurückkam, war das Kind verschwunden. Sie sah sich nach allen Seiten um: keine Barbati zu sehen. Plötzlich hörte sie ein schrilles Getöse von einem Banganbaum her. Auf dem höchsten Zweig sah eine Affin, wie eine gute Mutter das Menschen-baby in den „Armen“ haltend.“

„Herr je, was haben Sie gemacht?“

„Da ist nichts zu machen. Je mehr man schreit, desto mehr freijdt die Affin. Man muß sie in Ruhe lassen, durch gute Worte heruntzuziehen, anrufen, beschwören. Wir holten den Brahmanen. Er breitete einen Teppich unter den Banganbaum, entzündete Weih-rauchstangen aus Sandelholz und sang Gebete. Zwei Stunden dauerten seine Beschwörungen und all demwiel schaukelte die Affin das Baby in ihren Armen. Dann hieß uns der Brahmane ins Haus gehen. Wir sahen durchs Fenster. Die Affin kam herab, legte das Kind auf den Teppich und hielt Wache auf einem nahen Strauch, um das Baby vor anderen Affinnen zu beschützen. Ich kam heraus und nahm das Kind. Es war unverletzt. Es weinte nicht einmal. Es hatte sich vor der Affin nicht im geringsten gefürchtet. Nur ich war halbtot vor Schreck.“

„Warum schießen sie die Affen nicht ab?“

„Uns Hindus verbietet das die Religion und den Moslem der gesunde Menschenverstand. Je mehr Affen man tötet, desto mehr kommen aus dem Dschungel, um die Toten zu rächen. Sie bombardieren uns mit Steinen und Kokosnüssen, die sie von der Höhe herabschleudern.“

„Koral!“ rief ein brauner Schaffner. „Das ist die Endstation der Zahnradbahn“, sagte der Hindu, „wir müssen in den Zug nach Bombay umsteigen.“

Ich nahm die kleine Barbati auf den Arm und wollte sie über den Bahnsteig tragen. Da fing sie zu brüllen an als ob sie am Spiel stehe. Ich kann eben nicht halb so gut mit Kindern umgehen wie ein Affe.

Dr. med. K. Kahnt:

Neuer Kurs in der heutigen Medizin?

Es hat in den drei Jahrtausenden der Menschheitsgeschichte sicherlich wohl mehr Krisen in der Medizin gegeben, als uns bekannt geworden sind. Auch die heutigen unwahrscheinlichen Erkenntnisse auf dem Gebiet der Therapie, der eigentlichen Heilkunde, haben sich nicht sprunghaft entwickelt. Es gibt eine heutige wissenschaftlich moderne Medizin vielleicht seit 50 Jahren. Aber es gab schon immer Ärzte und heilkundige Laien, die wohl nur sehr wenig von den anatomischen und physiologischen Eigenarten der menschlichen Organe verstanden, die aber, ausgerüstet mit einer sehr feinen Beobachtungsgabe, in der Beurteilung eines Krankheitszustandes selbst unseren heutigen technischen Hilfsmitteln in der Medizin gleichzukommen vermochten.

Diese intuitive Beobachtungsgabe, erwachsen aus der Erfahrung am Lebenden und der Erkenntnis über den Wert jahrhundertlang erprobter Heilmittel, ist durch die enormen Fortschritte von Wissenschaft und Technik seit der Jahrhundertwende verdrängt worden. Urfragen und Wirkungen auf dem Gebiet der Medizin wurden seither nur beurteilt nach mikroskopischen und chemischen Analysen. Die Forschungsergebnisse eines Koch, Virchow, Ehrlich u. v. a. schufen ein neues Gebäude der Heilkunde, dem das Dogma vorangestellt war, daß alles, was mit Chemie und Mikroskop nicht zu erfassen sei, als überhaupt nicht vorhanden zu betrachten wäre. Das menschliche Leben war nach dem Ausdruck eines Forschers nichts weiter als „eine Reaktion in wässriger Lösung“.

Gewiß kenne man die alten Drogen, Salze und Metalle, aber ein neuer Geist beinflusste die Anwendungsweise in dem Sinne des Strebens nach der reinen Wirkung. Aus den Pflanzen wurden die wirksamen Stoffe isoliert, an Tieren erprobt und wieder zurück-schickend beim Menschen angewandt. Gifte von ungemeiner Stärke und Sicherheit in der Wirkung wurden gefunden, unendlich groß ist die Reihe der Betäubungsmittel, die der heutigen Chirurgie zu ihrem so hohen Stand verholfen haben. Die Entdeckung der Bakterien als Erreger der fieberhaften Erkrankung beeinflusste die Behandlungsmethoden. Man hoffte, durch die Einprägung chemischer Reagenzien das Blut und den Körper sterilisieren zu können. Im Reagenzglas sah man, wie die Bakterien abstarben — warum sollte es im Körper anders sein? Aber gerade auf diesem Gebiet hat sich dann nur allzu bald der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis in betrüblichster Weise gezeigt. Wer außerhalb dieser wissenschaftlichen Schule der Mopathie nach neuen Wegen suchte, z. B. die Unterdrückung des Fiebers bei Infektionskrankheiten mißbilligte, war ein Feind und nicht minder, den ehrenwerten Namen eines Arztes zu tragen. Wer von Diät, Teabehandlungen, Umschlagen, Bädern usw. sprach, wurde milde lächelnd zu den unverbesserlichen Kräuterweibern gerechnet oder rücksichtslos bekämpft.

Wie anders heute. Gymnastik, Licht, Luft, Sonne und gesundheitsgemäße Ernährung sind in ihrer heilsamen Wirkung plötzlich wieder entdeckt und wissenschaftlich begründet. „Zurück zur Natur“ heißt die Parole, und damit sind wir wieder bei dem „alten Mann“ angelangt, dessen Körper unberührt von wissenschaftlichen Theorien geblieben war, aber auch gebieterisch sein Recht verlangte. Es sind die Kräfte wieder zu Ehren gekommen, die es ablehnen, irgendein körperfremdes Mittel zu verordnen. Sie kannten die Schädigungen der Fleischnahrung und der konservierten Nahrungsmittel lange bevor es gelang, die Wirksamkeit der Vitamine nachzuweisen. Die Grundlage ihrer Lehre beruht auf der Anschauung, daß jede Krankheit eine Störung des Stoffwechsels bedeutet, und daß zu ihrer Beseitigung vor allem eine neue Belegung des Stoffwechsels durch eine Umstellung der Lebensweise, vornehmlich der Ernährung, notwendig ist. Auf einmal besann man sich wieder auf die alten Heilmittel und die Heilwirkungen, die durch sinngemäße Anwendung der natürlichen Kräfte unserer Pflanzenwelt die Grundlage der diätetischen Heilbehandlung bilden. Die erst in den letzten Jahren aufgedeckten Zusammenhänge zwischen Ernährung und Krankheit sind so weit auf-gelockert worden, daß man heute schon von einer Ernährungstherapie sprechen kann, als deren aufsehenerregendstes Ereignis die Gerson-Sauerbrudische Behandlungsmethode der Hauttuberkulose durch kohlsalzarme, obst- und gemüserreiche Diät anzusprechen ist. Dieser Erfolg beeinflusst die Richtung der wissenschaftlichen Medizin im Sinne einer Umwandlung der bisher bestehenden Beherrschung von der allein festmachenden Mopathie zu einer neuartigen Reform der natürlichen Heilverfahren.

Aber auch die dritte große Richtung in der Medizin, die Homöopathie, hat in den letzten Jahren ständig an Boden gewonnen. Wenn auch wegen der verschiedenen Anschauungen über Krankheit, Heilung und Gesundheit und der Art der Dostierung noch tiefe Gegensätze zwischen Mopathie und Homöopathie bestehen, so scheinen diese doch nicht mehr unüberbrückbar, da in der ärztlichen Praxis sich wohl niemand mehr scheut, denn oder wann auf Grund der guten Erfahrungen homöopathische Mittel zu verabreichen. Fördernd in dieser Hinsicht wird sich auch die Errichtung des Ordinariats für Homöopathie an der Berliner Universität auswirken, sowie die Entscheidung, mit der Geheimrat hier sich für die Wirksamkeit der homöopathischen Arzneimittel einsetzt. Immer aber wird es unmöglich sein, mit einem Schema alle Krankheiten heilen zu können, denn niemand richtet sich weniger nach System und Vorausberechnung als der Kranke oder auch der gesunde menschliche Leib. Er ist im wesentlichen der gleiche geblieben im Laufe der Jahrhunderte, so starken Schwankungen auch die Behandlung menschlicher Leiden unterworfen war.

Die Krise in der Medizin wird nicht durch den Kampf der Beherrschungen behoben, sondern nur durch die angleichenden Erfahrungen und Erfolge, die die Behandlungsmethoden innerhalb der drei großen Gruppen aufzuweisen haben. Nicht das Laboratoriums-experiment, das bei jeder Versuchsanordnung andere Resultate ergeben kann, ist ausschlaggebend, sondern die Beobachtung am Krankenbett.

Auch hier sind Grenzen gesetzt. Nicht der Arzt heilt den Kranken, sondern er kann nur den Körper, die Natur, die Zellen unterstützen in der Erneuerung des Zerstorten oder in der Ver-nichtung der äußeren und inneren Gifte. Der gute Arzt kann dem Kranken unendlich nützen, aber er muß sich seiner Grenzen bewußt bleiben. Nicht aber in dem Sinne, daß das augenblickliche Spezifitum noch weiter auf die Spitze getrieben wird, sondern daß der unumgänglich notwendige Zusammenhang zwischen Psyche und Konstitution des Patienten nicht vernachlässigt wird.

Maxim Eine Glocke wird eingeweihet

Im Sieben-Städte-Beton, Stuttgart, erschallt demnächst das neue Werk von Maxim Gorki „Das Leben des Klim Samgin“. In diesem Werk, das sich in der Entwicklung eines jungen Studenten im sozialistischen, Kulkland ein Kulturbild dieser Zeit, die veröffentlichten mit Genehmigung des Verlages nachfolgenden Abschnitt:

Klim Samgin kam und fragte, ob Klim mit ins Dorf gehen wollte. Die Glocke sollte aufgehängt werden.

„Natürlich komme ich mit!“ antwortete Klim fröhlich.

Die bekannte Dorfstraße war dicht vollgepfropft mit Bewohnern und Bandeleuten aus den umliegenden Dörfern. Die Bauern verharren schweigend. Sie hatten ihre kahlen, zottigen oder mit viel Del eingeriebenen Köpfe entblüht. Unter den vielfarbigen, zigenen Köpfen der Frauen hervor stieg das schlachzende Geflüster der Gebete. Einige hundert weit geöffnete Augen waren auf einen Punkt gerichtet: auf die blaue Zwiebel des plumpen Glockenturms mit den leeren Henteln, durch die ein Stück des entfernten Himmels hindurchleuchtete.

Turobojem ging voran und drängte sich durch die nachgebende Menschenschwand. Ihm folgten im Gänsemarsch die anderen, und je näher die fleischige Masse des Glockenturms herankam, desto vernichtlicher die beschworenden Stimmen der Geistlichkeit, die die Masse abhielt. Im Mittelpunkt eines kleinen Kreises stand auf dicken Stangen eine zweihundert Pud schwere Glocke. Der kleine Pope umschwebte die Glocken, sang mit heller Tenorstimme und besprangte das Metall mit Weihwasser.

Klim Samgin beobachtete, lauschte und fühlte, daß Empörung in ihm hochstieg. Im Kopf brauste noch das betende Geflüster der Weiber. Der Gottesdienst war zu Ende. Ein unförmig langer und dünner Kreis warf seinen Wams ab, befreuzigte sich, zum Himmel schauend, dreimal, kniete vor der Glocke nieder, küßte dreimal ihren Rand und froh unter Befreuzigungen und Verneigungen vor den Abbildungen der Heiligen auf den Kulen rings um sie herum.

Der Lärm auf dem Platz klang ab. Alle verfolgten aufmerk-sam Panow, der an der Erde froh und den Rand der Glocke küßte.

Die Menge zerriß unter Schreien langsam in drei Teile: zwei wichen in der Diagonale nach rechts und links von der Glocke aus, der dritte entfernte sich auf der geraden Linie von ihr. Alle drei Haufen trugen sorgsam wie Perlenkugeln die Seile und schienen an ihnen aufgereiht. Die Seile liefen an den Henteln der großen Glocke zusammen, die sie gleichsam nicht von sich ließ und immer straffer anspannte.

Die drei auf die Seile aufgereihten Menschenhaufen gerieten in Bewegung, schwankten, stemmten sich mit den Füßen gegen den Boden und legten sich nach hinten über, wie Fischer, die ein Netz ziehen. Drei graue Seile spannten sich in der Luft. Auch die Glocke rührte sich, schaukelte ungeschlüssig und hob sich widerwillig von der Erde.

„Gleichmäßiger, gleichmäßiger, Kinder Gottes!“ schrie mit seiner Bruststimme der Berfertiger von Bierflaschen.

Stumpf gegen die Sonne blinkend, schwebte die schwere kupferne Kappe in weitem Bogen hinauf.

„Gleichmäßiger, Rechtgläubiger!“ trompetete Panow. Der Landgendarm wiederholte nicht ganz so ohrenbetäubend, doch sehr strenge: „Gleichmäßiger, Gerechte!“

Die drei Menschengruppen, die die Glocke emporwanden, stöhnten, lächelten und brüllten. Der Flaschenguzer winkelte. Etwas im Glockenturm knarrte, doch es schien, als erlösen alle Laute und als würde gleich eine feierliche Stille eintreten. Klim wünschte es aus irgendeinem Grunde nicht, er fand, hierher gehört ein heidnisches Rauchen, wilde Schreie und geradezu etwas Bäderliches.

Plötzlich, in der Höhe des letzten Drittels des Glockenturms, durchließ ein Beben die Glocke, preißend wand sich das gerissene Seil durch die Luft. Die linke Menschengruppe geriet ins Wanken, die hinteren Hellen haufenweise um, ein einziges hysterisches Gehe-ertönte:

„Hilf hi—mmel!“

Die Glocke schaukelte und stieß träge mit dem Rand gegen die Ziegelwand des Glockenturms. Es regnete Späne und Raststaub.

„Ach, ihr Teufel!“ murmelte Panow und spitz aus.

„Haltet fest, Rechtgläubiger!“ brüllte Panow und suchte, zu-rückspringend, mit den Armen.

Der trummelnige Schmied lief jener Gruppe in den Rücken, die gerade gegenüber dem Glockenturm am Seil zog, und begann das Seilende um die Wurzel eines dicken Weidenstammes zu schlingen. Das Seil, das sich immer straffer spannte, schlang wie eine Salte, die Leute sprangen zurück, der Schmied brüllte:

„Haltet fest! Ich schlag euch tot!“

Klim bedeckte die Augen, er erwartete jeden Augenblick, die Glocke auf die Erde schmettern zu hören, und lauschte, wie die Leute haulten und wimmerten, der Schmied brüllte und Panow trompetete.

„Knetet zusammen!“
„Fürchtet euch nicht, Rechtgläubiger! Ruhig! Einmütig! So—so!“

Die Glocke schwebte von neuem, fast unmerklich, in die Höhe, aus dem Fenster des Glockenturms starrten Bauern ihre Köpfe. Die heulenden Klänge zweier Bauernweiber drangen vom Platz her.

Der längste zusammenhängende Schienenstrang der Erde ist die europäisch-asiatische Transsibirische Eisenbahn, die von Wladiwon über Moskau nach Tscheljabinsk und von hier über Omsk, Tomsk, Schurtit bis Wladivostok führt. Die Gesamtlänge der Bahn beträgt 13 600 Kilometer; das ist ein Drittel des Erdumfangs.



STADT DES VORWÄRTS

BEILAGE

Rund um unsere Panke.

Was sozialdemokratische Arbeit in Pankow erreichte.

Mit dem Abdruck des nachstehenden Artikels sehen wir unsere Veröffentlichung über die Arbeit der Sozialdemokratie in den einzelnen Bezirken Groß-Berlins fort. Die zahlreichen Erfolge sozialdemokratischen Wirkens lassen sich durch keine noch so widerwärtige Hehe hinwegleugnen. Die Partei hat den Beweis erbracht, daß sie als Vertreterin der Arbeitnehmerinteressen allein imstande ist, ein dem Volkswohl dienende Kommunalpolitik zu treiben. Wir sind erst am Anfang unserer Arbeit. Vieles ist noch zu tun. Nur sozialdemokratische Mehrheiten können ganze Arbeit leisten. Ein jeder muß deshalb die nächsten Tage zu aktiver Werbung für den Wahlsieg der Sozialdemokratie am 17. November.

Bei ihrer Arbeit im Bezirk Pankow betrachtete die Sozialdemokratie die Förderung der vorbeugenden Gesundheitspflege als eine ihrer Hauptaufgaben. Es galt in erster Linie, die erforderlichen Räumlichkeiten zu schaffen. Kräftig wurde ans Werk gegangen und es gelang, das zentral gelegene Gesundheitshaus zu erbauen. In dem neuen Hause, das 2800 Quadratmeter Räumlichkeiten aufweist, sind untergebracht: die Schwangeren- und Wöchnerinnenberatung, die Säuglings- und Schulgesundheitsfürsorge, eine Zahnklinik, eine Beratungsstelle für Lungenkranke mit eigener Röntgendurchleuchtungsanlage, ferner eine Trinker- und Psychopatenfürsorge, eine Beratungsstelle für Ehe- und Sexualfragen und schließlich die Geschlechtskrankenfürsorge. Die Rettungswache und ein Vortragsaal mit Ausstellungsraum sowie die Verwaltung des Gesundheitsamts haben hier gleichfalls Unterkunft gefunden.

Die Erfolge sozialdemokratischer Arbeit.

In der Jugendpflege, die durch die Gemeinde vor dem Kriege ganz vernachlässigt wurde, war gerade in Pankow vieles nachzuholen. Heute weist der Bezirk auf: einen Kindergarten für Kinder von 3 bis 6 Jahren in Niederschönhausen, einen Kinderhort für 6- bis 14jährige Kinder im gleichen Ortsteil in der Käfer-Wilhelm-Straße. Im Hause Riffingenstraße 48 wurde ein Jugendheim mit Bad- und Lesestube eingerichtet. Es ist stets höchste Aufgabe der Sozialdemokratie gewesen, sich der heranwachsenden Generation besonders anzunehmen. In Pankow haben jetzt unsere Jungen und Mädchen eine Anzahl Turn- und Spielplätze in ihrer Verfügung. Zuerst den David-August-Holle-Sportplatz in Nordend mit drei Spielflächen, einer Kampfbahn, zwei Tennisplätzen, einem Turn- und einem Fußballplatz; dann den Sportplatz an der Pflanzstraße in Niederschönhausen und ferner den schönen Sportplatz an der Riffingenstraße. Das verdienstvollste Werk des neuen Pankow aber ist der von der ganzen Bevölkerung geschätzte große Volkspark, dem „Paradies an der Panke“. Er ist mit zwei Brüden über die Panke mit dem „Bürgerpark“ verbunden. Im Sommer finden auf der weiten Wiese und an den Ufern des Flusses Tausende Erholung und Freude. Unsere sozialdemokratischen Freunde haben aber auch die alten Leute nicht vergessen. Der „Vorwärts“ hat erst kürzlich das Haus „Abendfrieden“ als mustergültig und nachahmenswert geschildert. Gegenwärtig werden für das Altersheim in Buchholz die letzten Bauarbeiten vorgenommen. Nach Fertigstellung dieses Hauses wird es vielen alten Leuten einen ruhigen und zufriedenen Lebensabend bescheren können.

Unsere Schulpolitik in Pankow.

Ueber die Einrichtung der Versuchsschule in Niederschönhausen haben sich die Gegner fortschrittlicher Schulpolitik bis heute noch nicht beruhigen können. Dabei vergeht kaum eine Woche, in der nicht Studentenkommisionen die Schule besichtigen und über das Gesehene ihre Anerkennung aussprechen. Durch den Umbau des Niederschönhausener Rathauses zu einem Realgymnasium entstand eine Schule, die den Anforderungen moderner Pädagogik in jeder Hinsicht genügen dürfte. Die im Bau befindliche Volksschule in Buch wird, falls besondere Schwierigkeiten nicht eintreten, 1930 dem Betrieb übergeben werden können.

Um die Arbeit des Bezirksamts zu konzentrieren und die Möglichkeit planmäßiger Arbeit zu gewährleisten, ist die Zusammenlegung der einzelnen bisher zerstreut untergebrachten Verwaltungen erforderlich geworden. Die notwendigen Räume werden durch den Rathhauseerweiterungsbau, der demnächst bezugsfertig ist, geschaffen. Schließlich wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß die zahlreichen Siedler und Landbesitzer in der an unserer „lieben Panke“ gelegenen Borsorte mit Freunden die in Arbeit befindliche Regulierung des Fließens begrüßen werden.

Die Verkehrsverbesserungen.

Große Fortschritte konnte Pankow dank sozialdemokratischen Wirkens auch in den für einen Außenbezirk so wichtigen Verkehrsfragen feststellen. So erhielt beispielsweise das früher von jeglichem Verkehr abgeschlossene Blankensefeld eine Omnibusverbindung. Pankow selbst wird demnächst die Möglichkeit haben, die Untergrundbahn zu benutzen. Die Bewohner

von Heinersdorf, Blankenburg, Karow und Buch werden ebenso wie die Blankensefelder Einwohner schon demnächst mit dem Omnibus in die Stadt fahren können.

Wir wissen sehr wohl, daß trotz des Erreichten auch in Pankow noch ein reiches Arbeitsfeld zu besetzen ist. Wenn ein lustiger Couplettdichter die Berliner einst mit dem „Schlager“ erfreute: „Das Paradies liegt an der Panke...“, so wissen wir, daß noch manches zu tun sein wird, um dem lustigen Sänger vollends recht zu geben. Die Möglichkeit, die Entwicklung des aufsteigenden Bezirks tatkräftig fördern zu helfen, haben unsere Volksgenossen am Wahltag. Wir rufen ihnen allen zu:

Wählt am 17. November Sozialdemokraten

Liste 1

Unsere Personalpolitik.

Eine klare und deutliche Antwort.

Ein kommunistischer Antrag in der Bezirksversammlung Berlin-Mitte lautet: „Nach den uns gemachten Mitteilungen sowie eidesstattlichen Versicherungen wird bei Entlassungen von Beamten und Angestellten des Bezirksamtes die Weiterbeschäftigung oder Einstellung von der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei abhängig gemacht. Die Bezirksversammlung beschließt daher die Entlassung eines in allehöchster Untersuchungsausschusses zur Rückverpflichtung aller vom Bezirkamt vorgenommener Entlassungen, Entlassungen und sonstigen Personalveränderungen.“

Trotzdem Arm in Arm mit den Kommunisten die Deutschnationalen für die Nachprüfung dieser sozialdemokratischen „Korruption“ im Bezirksamt plädierten, beschloß die Bezirksversammlung nicht nach dem Wunsche der Kommunisten, sondern sie nahm einen Antrag der Mittelparteien an, bei Einstellung von Beamten und Angestellten nur nach der Eignung der Beamten zu verfahren und die Weiterbeschäftigung oder Einstellung auf keinen Fall von der Zugehörigkeit zu irgendeiner politischen Partei abhängig zu machen.

Diese Vorgänge, die sich im Bezirk Mitte abspielten, haben tatsächlich eine tiefere Bedeutung, als es die von den Kommunisten dazu kolportierten Klatschgeschichten ahnen lassen: es handelt sich um die Grundzüge sozialdemokratischer Personalpolitik. Genosse Bernau gab den Antragstellern und ihren deutschnationalen Freunden in der Bezirksversammlung die richtige Antwort.

„Wenn eine republikanische Kommunalverwaltung Arbeiter, Angestellte und Beamte einstellen will, dann muß sie in erster Linie darauf sehen, daß sie solche Arbeitskräfte gewinnt, die treu zur Republik und ihren Einrichtungen stehen. Sämtliche Einstellungen im Bezirksamt Mitte sind unter Kenntnis und Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung erfolgt, die selbstverständlich stets bei gleicher Eignung zweier Bewerber demjenigen republikanischer Gesinnung den Vorzug gegeben hat. Herr Döring, der deutschnationale Redner zu dieser Frage, hätte alle Ursache gehabt, mit seinem Korruptionsgeschrei besonders vorsichtig zu sein, denn Herr Döring, der als Rektor einer staatlichen Schule sein Gehalt von der Republik bezieht, habe einen Aufruf zum Volksbegehren mit unterzeichnet und dadurch bewiesen, daß er sich nicht scheue, die höchsten Beamten der Republik zu beschimpfen. So etwas könne sich weder ein Staat noch eine Kommune gefallen lassen und es sei deshalb Pflicht eines Gemeinwezens, sich durch eine geradlinige Personalpolitik vor solchen „Mitarbeitern“ zu schützen.“

Unaufhaltsam ist der Aufstieg der Sozialdemokratie!

Ueber 4500 Berliner Frauen und Männer haben sich erst kürzlich wieder der großen Partei der deutschen Arbeitnehmerschaft angeschlossen. Täglich verstärken neue Mitstreiter die Kampffront der Sozialdemokratie!

Reihe auch du dich ein!

Jeder einzelne muß mithelfen am Aufbau des sozialistischen Berlin. Es gilt die öffentliche Wirtschaft gegen das Profitstreben einiger Großkapitalisten zu verteidigen. Deshalb heißt die Losung: Weiter werben und wirken!

Berliner, wählt am 17. November Sozialdemokraten!

Frauen, denkt daran!

Die Geschichte einer sozialdemokratischen Petition.

Den größten Prozentsatz der deutschen Wähler bilden die Frauen. Ihre Rechte sind in der Deutschen Republik genau die gleichen wie die der Männer. Sie haben rechtlich in alle Möglichkeiten, die Politik des Reiches wie die Verwaltung der Länder und Gemeinden maßgebend zu bestimmen.

Seit Jahrzehnten hat die Sozialdemokratie für die Gewährung aller staatsbürgerlichen Rechte an die Frauen gekämpft. Sie hat es schon zu einer Zeit getan, in der man noch glaubte, solche Forderungen mit Witzleien abtun zu können. Sie hat es getan, trotzdem sie wohl wußte, daß bei der mangelnden staatsbürgerlichen Schulung und dem noch unentwickelten Massenverständnis der Frauen diese Rechte sich zunächst gegen die eigene Partei kehren könnten. August Bebel, der begeisterte und begeisterte Wortkämpfer für die Rechte der Frauen, schrieb in seinem berühmten Buch: „Die Frau und der Sozialismus“: „Ein gutes Recht wird nicht schlecht, weil derjenige, der es gebraucht, seinen richtigen Gebrauch noch nicht erlernt hat.“ Nach den Witzleien wurden unsere immer wiederholten Forderungen, den Frauen staatsbürgerliche Rechte zu gewähren, mit dem berüchtigten Grundsatz, weg nicht mit taue, d. h. Steuern zahle, dürfte auch nicht mit taue, durch Jahrzehnte hindurch von den bürgerlichen Parteien geschlossen abgelehnt.

Da kam der Weltkrieg mit seiner ungeheuerlichen Verwüstung blühender Männerleben und zahlloser Kulturgüter aller Art. Dine die aufopfernde Mitarbeit der Frauen hätte die ganze Kriegswirtschaft nicht aufrecht erhalten werden können und wäre bald elend zusammengebrochen. Die Leistungen der Frauen, ihre Hingabe an das Gemeinwohl wurde denn auch bei allen Belogenheiten von den staatlichen und kommunalen Würdenträgern überschwänglich gefeiert. Um die Probe auf das Exempel zu machen, brachte die Berliner sozialdemokratische Rathausaktion um die Wende des Jahres 1917 den Antrag an, daß die Berliner Stadtverordnetenversammlung in einer Petition an den Preussischen Landtag die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Frauen, mindestens aber die Gewährung des kommunalen Wahlrechts an die Frauen fordern soll. Die Begründung war: „Recht. Man brauchte nur Stellen aus den zahllosen Lebenshöfen zu zitieren, die auf die Frauen gehalten worden waren.“

Der Antrag wurde in einen Ausschuss verwiesen und dort unter Heranziehung immer neuer haltloser Bedenken verschleppt. Dabei war es die führenden Mitglieder der Freisinnigen Partei die beiden Reichstagspräsidenten Kämpf und Dove, Cassel, Rommel usw. Mitglieder der Berliner Stadtverordnetenversammlung, die im Herbst 1918 fand wiederum eine Sitzung des betreffenden Ausschusses statt. Der sozialdemokratische Vertreter wies auf das eindrucksvollste darauf hin, daß niemand mehr sich den Zeichen der Zeit verschließen könne. Die neue Zeit poche bereits an die Türen der Rathäuser. Man solle freiwillig geben, was man binnen kurzem doch nicht mehr würde verlangen können. Über alles Reden war umsonst. Die Freisinnigen konnten sich in dieser Zeit nicht einmal zu solcher Petition an den Preussischen Landtag aufschwingen.

Vald darauf gab die Revolution der Sozialdemokratie die Möglichkeit, den ganzen mittelalterlichen Schutt fortzuführen. Wenn die Frauen jetzt mit den Männern und Brüdern zur Wahlurne gehen können, sollen sie dieser Geschichtsebene gedenken und ihre Stimme der Partei geben, die sie zu gleichberechtigten Staatsbürgern gemacht hat. Darum wird jede denkende Frau am 17. November für die Liste 1, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, stimmen.

Einnahmen und Ausgaben der Stadt Berlin 1928.

Der Städtische Nachrichtendienst veröffentlicht eine Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stadt Berlin im Rechnungsjahr 1928. Danach schließt der ordentliche Haushalt für das Rechnungsjahr 1928 im kassamäßigen Ergebnis mit einer Mehreinnahme von 5 191 000 M. ab. Es handelt sich hier um die tatsächlichen Einnahmen und -ausgaben. Unter Einbeziehung der Resteinnahmen und Restausgaben, die für das Jahr 1928 verblieben sind, schließt das Rechnungsjahr 1928 mit einer Mehrausgabe von 854 490,43 M. ab (rechnungsmäßiges Ergebnis). In beiden Fällen ist die Abweichung nach der einen oder anderen Seite weniger als 1 Proz. des Haushaltsolls.

„Die billige, schöne Wohnung“. Das Bezirksamt Berlin-Friedrichshagen veranstaltete in diesem Herbst eine Ausstellung „Die billige, schöne Wohnung“, die außerordentlichen Erfolg hatte und stark besucht wurde. Der „Vorwärts“ berichtete schmerzlich ausführlich darüber. Jetzt hat der Bezirk im Verlag des „V.D.B.“, Berlin S 14, Infelstr. 6a, ein Heft herausgegeben, in dem in wohlgeordneten Lichtbildern die Abteilungen der Ausstellung gezeigt werden. Stadtrat Genisch hat zu dem Heft eine außerordentlich instruktive Einleitung geschrieben, die in Kürze die Wohnungsverhältnisse in den Arbeiterbezirken schildert und die Wege zu einer Besserung weist. Besonders wertvoll für den Interessenten ist ein Inhaltsverzeichnis mit Angabe der Preise für die einzelnen Gegenstände.

Margarine

Rama im Blaueband

doppelt so gut

Helft das sozialistische Berlin schaffen: wählt Sozialdemokraten!

Aus der Arbeit der Bezirke.

Abrechnung mit den Moskajüngern.

5. Bezirk — Friedrichshain.

Eingangs stimmte die Bezirksversammlung einer Vorlage des Bezirksamtes zu, die zum Ausbau des Wohlfahrts- und Jugendamtes die Anmietung neuer Büroräume fordert.

Nach dieser einzigen positiven Arbeit der Bezirksversammlung, hielt es die SPD. für erforderlich, noch einmal ihre sechs Monate alten Rundreiseanträge über die Vorgänge am 1. Mai, Verbot der „Roten Fahne“ und des Roten Frontkämpfer-Bundes zu begründen. Auf die auf tiefstem Niveau stehende Schimpfkanonade des Kommunisten Bittorf antwortete unser Genosse B. W. Buchner. Aus heftiger innerer Erregung heraus zog er Genosse Buchner die Handtasche aus, mit der die Kommunisten unorganisierte und undisciplinierte Arbeiter auf die Straße hiefen, während die Führer in sicherem Hinterhalt lagen. Die erbärmliche Haltung der SPD. habe die Arbeiterklasse auch durchsickert. In Hand eines überaus reichhaltigen Materials wies Genosse Buchner nach, in welcher bewußt provokatorischer Weise die SPD. Zusammenstöße mit der Polizei herbeigeführt hat. Jeder Satz Buchners war ein Pfeil in den Rücken der Moskajünglinge, die auf die Kommunisten niedersaßen. Der lautstark führende „Sozialsozialist“ zum Geburtstag gratulierende Fraktionsführer der SPD., der als „Joul 1920“ vom Opportunismus angefaßt, nicht mehr kandidieren darf, unternahm noch einmal einen lahmen, völlig daneben gelagerten Rettungsversuch. Selbst die Protokollführer schienen gelangweilt. Um bei diesen wenigstens eine Resonanz zu erzielen, griff der Redner zu einem Glas Wasser und goß es den Beamten über den Kopf. Dieses unbeherrschte und würdelose Verhalten wurde von unser Genosse Böhmig gebührend an die Kommunisten, die seit langem nicht so gründlich gestäubt worden waren, zurückgeworfen. Sie dann durch ochenähnliches Lachen auf ein unbestimmbar Instrument.

Es war darum kein Wunder, daß der nachfolgende kommunistische Redner selbst bei seiner Fraktion kein Gehör mehr fand. Eine Fortsetzung der Sitzung war bei der aufgeflossenen Stimmung nicht mehr gut möglich. Nach zweistündiger Dauer schloß Genosse Kayser die Sitzung.

14 000 000 vom Etat gestrichen.

10. Bezirk — Zehlendorf.

In der letzten Bezirksversammlung sprach der Vorsitzende über den Haushaltsplan. Er beklagte, daß der Berliner Stadtkämmerer von den angeforderten 16 Millionen Mark mehr als 14 Millionen gestrichen hat. Den Pressevertretern, die auf einer hohen Galerie schlecht hören und noch schlechter sehen können, teilte er mit, daß sie, wenn sich die bereits getroffenen Verbesserungen als ungenügend herausstellen sollten, künftig im Saal untergebracht werden sollen. Da eine allgemeine Aussprache über den Etat nicht gewünscht wird, werden bei einzelnen Kapiteln besondere Wünsche geäußert, die sich hauptsächlich auf die Aufpflasterung der Straßen beziehen. Auf ein Schreiben des Kleingartenbezirksverbandes Zehlendorf, der sich beklagt, daß zum 1. November wieder 149 Kleingärtner, die auf einem Grünstreifen an der Seehofstraße sitzen, gekündigt worden sind, erklärt das Bezirksamt, daß, um dort bauen zu können, die Entwässerung gesorgt werden muß. In erster Linie ist ein Sammelbecken nötig. Genosse Schnorke hält die Kündigung für verfrüht, da wahrscheinlich noch 10 Jahre vergehen werden, bis die Mittel bewilligt werden und das Bauen beginnen kann. Nachdem alle Parteien ihr warmes Herz für die Kleingärtner entdeckt hätten, erklärt auch das Bezirksamt, alles tun zu wollen, um die Kleingärtner anderswo unterzubringen. Hierauf beschäftigt sich die Versammlung mit den Strompreisen der Potsdamer Elektrizitätswerke, denen Wannsee leider noch angegeschlossen ist. Der Betrag, der einerseits bis weit in die wilhelminische Zeit zurückreicht und andererseits noch bis 1932 läuft, ist für die Wannsee besonders drückend. Alle Versuche, den Vertrag der Strompreise von 20 Pf. aufzuheben, auf die Groß-Berliner Strompreise von 16 Pf. zu bringen, scheitert an der Hartnäckigkeit der Potsdamer Werke. Genosse Böhmig schildert die schrecklichen Zustände in der Stromlieferung, Lampen brennen schon seit Jahren nicht, weil die Kabel so schlecht sind, sodaß dadurch dauernd Störungen hervorgerufen werden; er erwartet, daß das Bezirksamt endlich soviel Energie aufbringt, um die Werke zu ihrer Vertragspflicht zu zwingen und bei dieser Gelegenheit eine Preisregulierung ähnlich den Berliner Preisen, die auch für die jetzt zu Berlin gehörenden Wannsee notwendig seien, anzustreben. Auch die Deutschnationalen verlangten energisch eine Besserung dieses unhaltbaren Zustandes, dabei waren es die Deutschnationalen selber bzw. die Konservativen, die diese Verträge und diese Zustände herbeigeführt haben. Ein Antrag, dahin zu wirken, den Vertrag mit Potsdam aufzuheben, wird angenommen. — Ueber den ruhestörenden Lärm, der durch die dauernde Schießerei in der Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen verursacht wird, wird berechtigter Klage geführt. Einem Antrag, den Berliner Magistrat zu ersuchen, in Verhandlungen einzutreten, um durch Schalldämpfungen oder durch unterirdische Schießstände diese Geräusche herabzumindern, wird zugestimmt. Ein Antrag, die Freisäule am Kirch- und Königsweg wieder aufzubauen, wird auf Anregung des Genossen Draemert einem Ausschuss zur Beratung überwiesen.

Die Rechte stellt Agitationsanträge.

15. Bezirk — Treptow.

Auf Grund eines sozialdemokratischen Antrages beschloß die Bezirksversammlung, den Magistrat Berlin zu ersuchen, die näheren Unterlagen für die Schaffung eines Volkstierparks der Bezirksversammlung zugänglich zu machen, damit die Wünsche der Bevölkerung und der Treptower Verwaltung bei der endgültigen Gestaltung des Projekts Berücksichtigung finden.

Genosse Lemper empfahl, schon bei den Vorverhandlungen darauf bedacht zu sein, daß dieser Volkstierpark nicht lediglich zu einem Geschäftsunternehmen gestaltet wird. Von einem Schreiben der Reichsbahndirektion Berlin, das die Demmung des Ru- bzw. Abgangs an der Rudower Chaussee auf dem Bahnhof Rudower Alleenide in Aussicht stellt, wird gleichfalls Kenntnis genommen. Nach Begründung durch den Genossen Liebel stimmt die Versammlung einem Antrage unserer Fraktion betr. Errichtung einer städtischen Rettungswache in Ober- oder Niederschöneweide zu. Von den Kommunisten lagen wieder verschiedene

„Seriananträge“ vor, die bis auf zwei abgelehnt wurden. In einem Antrage verlangten die Kommunisten die Beseitigung von Winterkleidung und Brennmaterialien an Hilfsbedürftige. Aus der Debatte ergab sich, daß sie diesen Antrag allerdings nur gestellt hatten, um Gelegenheit zu haben, die Skarel-Affäre nochmals zu behandeln. Die Genossen Lehner und Lemper vertraten unsere Meinung und wiesen die Angriffe der Kommunisten und Deutschnationalen auf das entschiedenste zurück. Aus Wahlpropaganda beantragte die Rechtsfraktion, allen Wohlfahrtsempfängern usw., die sich durch die Nichtlieferung der Firma Skarel benachteiligt fühlen, Ersatz zu liefern. Der Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Fraktion angenommen. Für den inzwischen zusammengebrochenen wilden Rahrfeuertreib beantragten die Kommunisten die Zahlung von 5000 Mark. Die Genossen Becher und Schneider kennzeichneten die Unsinngigkeit dieser Forderung vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus. Von unserer Fraktion wurde ein ausführlicher Antrag betr. Ausbau der Berliner Straße zwischen Marggrafbrücke und Bahnhofspatz in Niederschöneweide eingebracht. Nach eingehender Begründung durch den Genossen Becher wurde das Bezirksamt ersucht, mit allem Nachdruck bei den zuständigen Stellen — insbesondere auch bei der Städtischen Verkehrs-Aktien-Gesellschaft — dafür einzutreten, daß die Stadlinien für die Berliner Straße gemäß dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion neu festgelegt werden. Der Antrag der Fraktion Bloch der Mitte auf Einsetzung eines Ausschusses im Falle Skarel wurde zurückgezogen, da feststeht, daß bei dem Bezirksamt Treptow keinerlei Unebenheiten vorgekommen sind. Schließlich wurde noch eine Anfrage unserer Fraktion behandelt, die aus Anlaß einer Veröffentlichung in der Zeitschrift „Oberspre-Sirene“ (kommunistische Zeitung) gestellt wurde. Die Genossen Reumann und Lodenhagen rechneten mit den Kommunisten scharf ab, so daß diese zum Schluß keine Entschuldigungen mehr fanden.

In einer Anfrage wünschte der Block der Mitte noch eine Auskunft, ob allen Parteien des Bezirks die Einrichtungen der Einrichtungen des Jugendamtes zur Verfügung gestellt würden. Genosse Bürgermeister Grunow beantwortete die Anfrage.

Betonstraßen in Berlin.

Berringerung der Anliegerbeiträge in Siedlungen.

Die Anliegerbeiträge spielen bei der Mietkalkulation von Neubauten eine oft überaus stark verteuernde Rolle. Seit längerer Zeit ist man daher bemüht, besonders bei den sogenannten „Wohnstraßen“ eine Verbilligung in der Straßenherstellung zu erreichen.

Das Bezirksamt Reinickendorf hat jetzt 16 000 Quadratmeter Betonstraßen in Neubausiedlungen ausführen lassen. Es hat sich ergeben, daß das Betonverfahren eine bedeutende Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Straßenherstellung ermöglicht. Bei den vom Bezirksamt Reinickendorf ausgeführten Straßendecken sind die Kosten auf etwa 10,50 M. bis 11,50 M. je Quadratmeter veranschlagt worden. Die sonst üblichen Befestigungen stellen sich je nach der Bedienung und der danach erforderlichen Stärke der Straßendecke auf mindestens 12,50 M. pro Quadratmeter, in Berlin aber bewegen sich die Kosten zumeist zwischen 15 M. bis 25 M. Als Betonstraße ausgeführt wurde die Bussardstraße in Konradshöhe, verschiedene Siedlungsstraßen in Heltigensee und in der Siedlung Bergwald in Hermsdorf. Während die Bussardstraße eine 25 Zentimeter starke Betondecke (20 Zentimeter Unterbeton und 5 Zentimeter Deckbeton) aufweist, sind die anderen Straßen durchweg 20 Zentimeter stark (15 Zentimeter Unterbeton und 5 Zentimeter Deckbeton).

Bewährt sich das System der Betonstraßen, so dürften wir einen beträchtlichen Schritt in der modernen Straßenherstellung vorangefahren sein. Eine dadurch erreichte Berringerung der hohen Anliegerbeiträge wäre im Interesse des Wohnungsbaus nicht hoch genug einzuschätzen. Bisher sind die neueren Versuche durchaus erfolgreich gewesen.

Eine große Taubenschau veranstaltet die Vereinigung der Kaffeetaubenzüchter-Bereine, Berlin, vom 9. bis 11. November 1929 in Berlin-Pankow, Kongreßhaus Breitestr. 34. Zur Schau gelangen über 1000 Tauben sämtlicher Rassen. Die Ausstellung ist von 9 bis 21 Uhr geöffnet.

FÜR IHRE GESUNDHEIT! WASCHEN SIE IHRE LEIBWÄSCHE WARM!



Zarte Leibwäsche sollte man schon aus hygienischen Gründen warm und nur mit einer ganz reinen, milden Seife waschen; nur so werden alle fett- und schweißhaltigen Absonderungen des Körpers vollkommen entfernt.

Waschen Sie zarte Leibwäsche im lauwarmen Schaum der milden Lux Seifenflocken. So waschen Sie gründlich und vor allem hygienisch.

Hersteller der Bemberg-Gesundheitswäsche und viele andere bedeutende Wäschefabrikanten empfehlen Lux Seifenflocken.



LUX

SEIFENFLOCKEN

NIEMALS LOSE, NUR ECHT IN DEM BLAUEN LUX-PAKET.

DER SUNLIGHT GESELLSCHAFT IN MANNHEIM.